

Burkina Faso

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	4
Deutsche Rüstungsexporte	4
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	7
Militärausgaben	8
Lokale Rüstungsindustrie	9
Streitkräftestruktur	10
Bewaffnung der Streitkräfte	12
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	14
Polizei und andere Sicherheitskräfte	16

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	18
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	18
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	19
Innere Lage im Empfängerland	23
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	26
Bedrohung von Alliierten	29
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	30
Unerlaubte Wiederausfuhr	32
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	34

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Burkina Faso verfügt über keine eigene Rüstungsindustrie und ist folglich zur Ausstattung seines Militärs stark auf Rüstungsimporte angewiesen. Seit den 2000er Jahren bezieht es einen Großteil seiner Waffensysteme insbesondere aus Russland. In den letzten Jahren waren darüber hinaus Spanien, die Türkei, China, Bulgarien, die VAE, Katar und Italien wichtige Rüstungslieferanten für den Sahelstaat. Deutschland hat bislang keine größeren Rüstungsexporte nach Burkina Faso getätigt. Deutsche Rüstungsexporte im Jahr 2012 wiesen lange Zeit mit einem finanziellen Volumen von rund 313.000 Euro den höchsten Wert auf, 2021 wurde jedoch mit dem Export von gepanzerten Fahrzeugen und einem Wert von 2,78 Mio. Euro ein neuer Höchstwert erreicht. Seit 2018 war Burkina Faso Partnerland der deutschen „Ertüchtigungsinitiative“. Die Bundesregierung hatte angekündigt, in diesem Zusammenhang künftig auch Mittel für Ausstattungshilfen bereitzustellen. Die militärische Ertüchtigung und Ausstattungshilfe wurden in Reaktion auf den Militärputsch jedoch eingestellt.

Das insgesamt 20.600 Personen umfassende burkinische Militär gliedert sich in Heer und Luftwaffe. Zudem besteht eine rund 4.200 Personen starke Gendarmerie, die als eine eigenständige (paramilitärische) Organisation ebenfalls dem Ministerium für Verteidigung und Veteranenangelegenheiten unterstellt ist. Bei einer Bevölkerungszahl von fast 23,5 Mio. Einwohner:innen ergibt dies eine Relation von lediglich 0,9 Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen für das Jahr 2024. In den letzten Jahren ist die Bekämpfung von bewaffneten extremistischen Gruppen innerhalb des Landes sowie in der westafrikanischen Region zu einer Hauptaufgabe des Militärs geworden. Hierzu wurden 2020, neben den staatlichen Sicherheitskräften, auch Selbstverteidigungsmilizen gegründet. Diese sogenannten Homeland Defence Volunteers (VDP) umfassen derzeit rund 30.000 Mitglieder. Rekrut:innen werden nach einer zwei- bis dreiwöchigen Ausbildung bewaffnet und in regionalen Einheiten formell den jeweils naheliegendsten Militäreinheiten, spezialisierten Polizeieinheiten oder Gendarmerie-Brigaden unterstellt. Allen Sicherheitskräften, so auch den VDP, werden schwere Menschenrechtsverbrechen vorgeworfen. Die Schlagkraft des Heeres und der Luftwaffe leidet allerdings unter der zum Teil veralteten Ausstattung. In jüngerer Zeit erhielt Burkina Faso jedoch auch zunehmend modernere Ausstattung aus dem Ausland. Die Militärausgaben, auch gemessen an den Staatsausgaben und am Bruttoinlandsprodukt, sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen (zuletzt: 4,7 %). Die Beteiligungen an der G5 Sahel Joint Force und der UN-Mission MINUSMA wurden unter der Militärregierung jedoch eingestellt. Stattdessen wurde im September 2023 zwischen Mali, Niger und Burkina Faso (alle drei werden derzeit von Militärjuntas regiert) die Allianz der Sahelstaaten (AES) gegründet.

Burkina Faso erlebte in seiner postkolonialen Vergangenheit zahlreiche politische Umstürze durch das Militär und lange Phasen (semi-)autoritärer Herrschaft. Dies prägt die Beziehung zwischen Gesellschaft und Militär bis heute. Das Militär verfügt über erheblichen politischen Einfluss, steht aber einer aktiven Zivilgesellschaft gegenüber, die mit ihrem weitreichenden Protest unter anderem 2014 zur Beendigung des Jahrzehnte währenden Regimes von Präsident Blaise Compaorés beigetragen hat. Erst 2022 ereigneten sich zwei Militärputsche in Burkina Faso. In jüngster Zeit häufen sich die Berichte über Menschenrechtsverletzungen von Militärs im Anti-Terror-Kampf. Straflosigkeit und Korruption im Sicherheitssektor verstärken das Problem. Nichtsdestotrotz wird das Militär von großen Teilen der Bevölkerung als Sicherheits- und Stabilitätsfaktor wahrgenommen.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Burkina Faso gehört mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 850 US-Dollar zu den Ländern mit einem niedrigen Einkommen („low income economies“). Es zählt zu den HIPC (Heavily Indebted Poor Countries) und belegte mit 43,4/100 Punkten Platz 130/141 auf dem Global Competitiveness Index 2019. Seit 1971 gehört Burkina Faso zu der von den UN geführten Liste der „Least Developed Countries“ (LDC). Dem Human Development Index 2022 zufolge verfügt es laut HDI-Kategorien über eine „niedrige menschliche Entwicklung“. Während Bildungs- und Gesundheitssektor vor erheblichen Herausforderungen stehen, steigen die Militärausgaben. Die Gefahr, dass in Burkina Faso unverhältnismäßige militärische Ausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen, ist gegeben.

Die westafrikanische Region ist von innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Konflikten, Instabilität und Fragilität betroffen. In Burkina Faso selbst, das seit der Unabhängigkeit zahlreiche Aufstände und Umstürze gesehen hat, gibt es immer wieder interethnische Spannungen, die teilweise in gewaltsamen Konflikten münden. Hinzu kommt die bewaffnete Auseinandersetzung der Regierung mit dschihadistischen Gruppen, die ihren Einfluss in den letzten Jahren dramatisch ausgeweitet haben. Immer wieder kommt es zu Menschenrechtsverletzungen burkinischer Militärs im „Anti-Terror-Kampf“. Menschenrechtsverletzungen durch das Militär werden hierbei selten untersucht. Folter und Misshandlung in Polizeigewahrsam sind in Burkina Faso an der Tagesordnung. Die Situation in den Gefängnissen ist desaströs. Parallel dazu haben sich bewaffnete Selbstverteidigungsgruppen gegründet, denen Menschenrechtsorganisationen ebenfalls eine brutale Vorgehensweise vorwerfen. Teilweise arbeitet der burkinische Staat mit ihnen zusammen.

Burkina Faso ist der Mehrheit wichtiger internationaler Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge – darunter dem Internationalen Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty, ATT) – beigetreten. Das Land hat aber in der Vergangenheit Waffenembargos, die Côte d’Ivoire, Sierra Leone, Angola und Liberia betrafen, verletzt. Es ist Mitglied in den wesentlichen internationalen Konventionen zur Kriminalitätsbekämpfung. Dennoch bleibt es zentrales Ursprungs-, Transit- und Zielland für unterschiedliche Formen der organisierten Kriminalität, darunter dem Schmuggel und illegalen Handel mit Waffen und Munition. Diese stammen oft auch aus Plünderungen und bewaffneten Angriffen auf staatliche Waffenarsenale sowie aus dem illegalen Weiterverkauf von Waffen durch korrupte Militärs und Sicherheitskräfte. Auch Menschenhandel und Schleuser:innenbanden sind in Burkina Faso ein Problem. Hinzu kommen die zunehmenden Aktivitäten von Drogenkartellen im westafrikanischen Raum und der Sahelregion.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2023 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Munition für Revolver und Pistolen: 57,9% Jagd- und Sportwaffen: 42,1%	0,005
2000	LKW	0,003
2001	---	---
2002	---	---
2003	LKW	0,001
2004	---	---
2005	Pistole und -teile	0,001
2006	---	---
2007	---	---
2008	Dekontaminationsausrüstung: 100%	0,007
2009	Munition für Jagdwaffen und Sportwaffen: 100%	0,016
2010	Kommunikationsausrüstung und Teile dafür: 100%	0,292
2011	Jagdselbstladeflinten: 100%	0,001
2012	Geländewagen mit Sonderschutz: 100%	0,313
2013	---	---
2014	---	---
2015	---	---
2016	Laborchemikalien: 100%	0,001
2017	Geländewagen mit Sonderschutz: 100%	0,141
2018	---	---

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2019	Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 100%	0,001
2020	Geländewagen mit Sonderschutz [VN-Mission] und Teile für den ballistischen Schutz [VN-Mission]: 98,9%	0,356
2021	Gepanzerte Fahrzeuge und Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 99,2 %	2,78
2022	Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz [Bank, EU-Mission] und Teile für ballistischen Schutz [Bank, EU-Mission]: 100,0%	0,62
2023	Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz [EU-Delegation] und Teile für ballistischen Fahrzeugschutz [EU-Delegation]: 100,0%	0,508

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2023, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <http://www.bmwk.de>

Schaubild 1
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2023

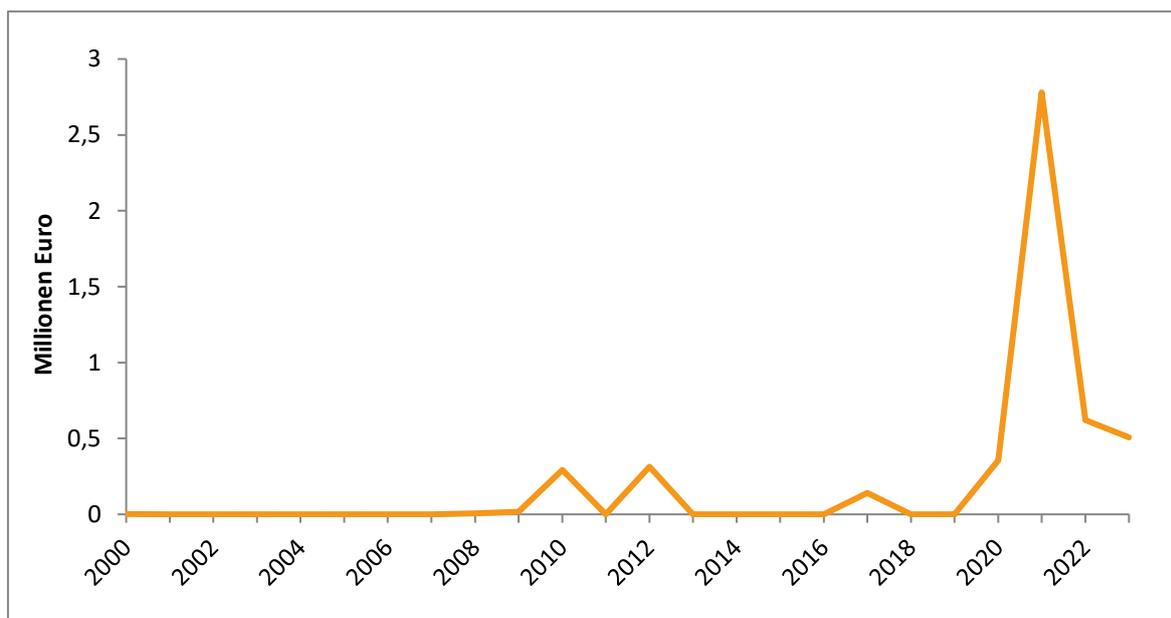


Tabelle 2
Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Burkina Faso 2000-2024

Da in der SIPRI-Datenbank nur Großwaffensysteme erfasst werden, Deutschland zwischen 2000 und 2023 jedoch keine dieser Großwaffensysteme nach Burkina Faso geliefert hat, finden sich hierzu keine Angaben in der SIPRI-Datenbank.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Burkina Faso erhielt bislang keine größeren Rüstungsexporte aus Deutschland. Bisherige Exporte bestanden oft aus Lieferungen im Wert von lediglich rund 1.000 Euro, wie in den Jahren 2003, 2005, 2011 und jüngst 2019, und umfassten beispielsweise Jagdwaffen und Munition oder Geländefahrzeuge mit Sonderschutz. In beinahe der Hälfte der vergangenen zwei Jahrzehnte lieferte Deutschland überhaupt keine Rüstungsgüter in das westafrikanische Land.

2006 hat die Bundesregierung Rüstungsexporte nach Burkina Faso unter Verweis auf die Kriterien 4 (Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in einer Region) und 7 (Risiko der Umleitung der Ausrüstung im Käuferland oder der Wiederausfuhr unter unerwünschten Bedingungen) des Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union für Waffenausfuhren nicht genehmigt. Das Jahr 2012 markierte lange Zeit mit einem finanziellen Volumen von rund 313.000 Euro für Geländewagen mit Sonderschutz den Höchststand deutscher Rüstungsexporte nach Burkina Faso. 2017 lieferte Deutschland erneut Geländewagen mit Sonderschutz, diesmal im Wert von 140.750 Euro. 2020 wurde mit einem Gesamtwert von 356.000 Euro ein neuer vorläufiger Höchstwert erzielt, was ebenso auf Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für den ballistischen Schutz zu erklären ist.

Deutschland hat Burkina Faso im Jahr 2018 als Partnerland in die „Ertüchtigungsinitiative“ aufgenommen. Diese zielt auf eine Unterstützung der Krisenprävention, -bewältigung und -nachsorge in Schwerpunktländern mittels ziviler und militärischer Maßnahmen ab. Die Bundesregierung gab im Mai 2019 an, dass sich Deutschland im Kapazitätsaufbau der burkinischen Polizei und Gendarmerie engagieren wird. Auch Mittel für Ausstattungshilfen würden künftig bereitgestellt. So wurde im Jahr 2021 ein neuer absoluter Höchststand der deutschen Rüstungsexporte nach Burkina Faso mit einem Wert von rund 2,8 Millionen Euro erreicht. Dies geht vornehmlich auf vier gepanzerte Fahrzeuge zurück, deren genauer Typ unklar ist. Ursprünglich sollen diese Fahrzeuge laut UN-Waffenregister aber aus Südafrika stammen. Deutschland listete diese Lieferung nicht in ihrem Jahresbericht an das UN-Waffenregister – lediglich von Seiten Burkina Fasos wurde die Lieferung (als Spende) angegeben. 2022 wurden lediglich zwei Exportgenehmigungen erteilt, die Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz (an EU-Mission bzw. eine Bank) und ein Volumen von 620.000 Euro umfassten. Im darauffolgenden Jahr wurde für eine EU-Delegation Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz und Teile für ballistischen Fahrzeugschutz im Wert von 508.557 Euro bewilligt.

Die militärische Ertüchtigung und Ausstattungshilfe wurden in Reaktion auf den Militärputsch eingestellt.

Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland

Tabelle 3

Absolute Höhe der Rüstungsexporte nach Burkina Faso 2020-2024, Mio. TIV¹

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	2	26	12	19	37	95

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

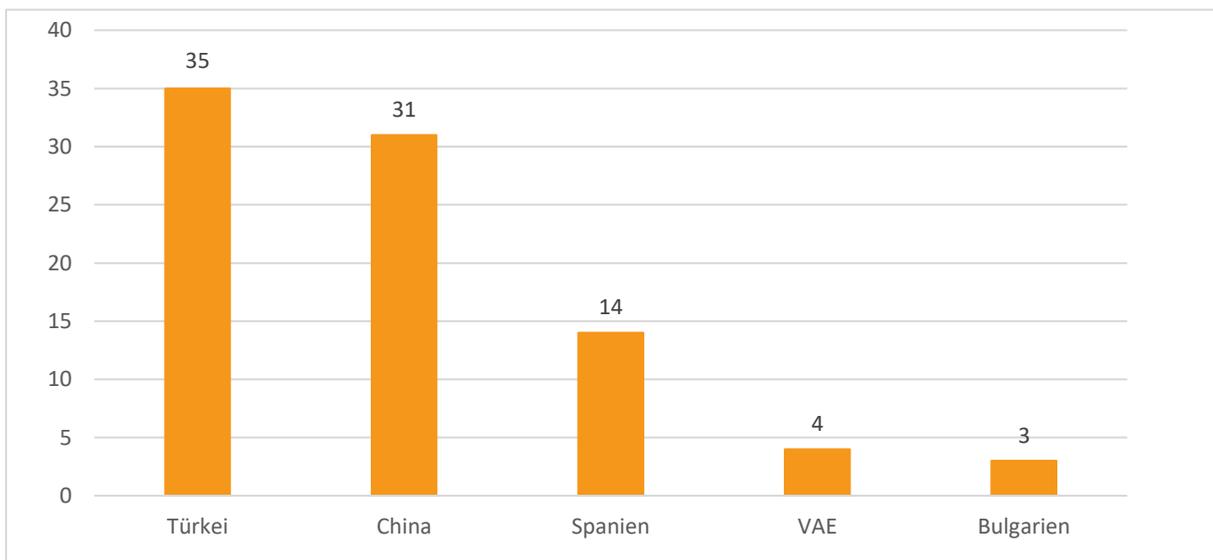
Deutsche Rüstungsexporte nach Burkina Faso 2020-2024, Mio. TIV

Da Deutschland keine kompletten Großwaffensysteme nach Burkina Faso liefert, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: August 2025) nahm Burkina Faso zwischen 2020 und 2024 die 86. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Waffensysteme bezog es in diesem Zeitraum vor allem aus der Türkei (mit 37 % aller Waffenlieferungen), China (32 %), Spanien (15 %), gefolgt von den Vereinigten Arabischen Emiraten (4,2 %) und Bulgarien (3,5 %).

Die **Türkei** exportierte schätzungsweise 2018 40 gepanzerte Cobra Mannschaftstransporter, zwischen 2021 und 2022 insgesamt 39 gepanzerte Ejder Mannschaftstransporter (davon 24 Ejder Yalcin) sowie 2022-2023 acht Bayraktar TB2 Drohnen. 2024 lieferte die Türkei zwei weitere bewaffnete Drohnen (diesmal vermutlich gebrauchte Akinci) sowie 20 Lenkbomben.

2024 tat sich insbesondere **China** als Lieferant hervor: sechs 105-mm-Feuerunterstützungsfahrzeuge vom Typ Assaulter sowie schätzungsweise 116 neuwertige gepanzerte Mannschaftstransporter soll die Volksrepublik in diesem Jahr geliefert haben. Darunter befinden sich zehn WZ551, 50 CS/VP-14, 40 VP-11 sowie 16 VN-22. Die Lieferungen sollen Teil eines zum Jahresende 2023 verkündeten strategischen Ausrüstungsplans sein. Präsident Traoré nahm, Berichten zufolge, auch mit weiteren Waffen gefüllte Schiffscontainer im Empfang (unter anderem ein 60-mm-WW90-Mörser und Mörsergranaten).

Spanien lieferte zwischen 2020 und 2021 fünf gebrauchte AS-350/AS-550 Fennec (leichte Helikopter) sowie ein neuwertiges C-295W Transportflugzeug und aus **Bulgarien** erhielt Burkina Faso zwischen 2018 und 2021 drei gebrauchte Mi-24D/Mi-25 Kampfhubschrauber. Die **VAE** lieferten 2023 insgesamt 20 neuwertige gepanzerte Mannschaftstransporter – sieben Tornado und 13 Phantom-2.

Doch auch weitere Länder gehörten in den vergangenen Jahren zu den Lieferanten: Aus **Katar** erhielt Burkina Faso im Jahr 2019 bspw. 24 gepanzerte Personentransporter (Storm) in Form einer Schenkung. 2016 erhielt das Land einen Hubschrauber vom Typ AW139 aus **Italien**, sechs von der EU finanzierte gepanzerte Personentransporter (Bastion) zwischen 2019 und 2020 aus **Frankreich** und die für die Transporter benötigten Dieselmotoren (MD5) im gleichen Zeitraum aus **Schweden**. Darüber hinaus erhielt das Land aus **Taiwan** 2017 zwei gebrauchte Hubschrauber (Typ: Bell-205/UH-1H) in Form einer Schenkung. **Südafrika** lieferte 2022 elf von 24 geordneten und durch die USA finanzierte gepanzerte Puma M-26 (Mannschaftstransporter) nach Burkina Faso; **Kanada** lieferte 2021 zwei Flugzeugmotoren für die spanische Transportmaschine C-295. Auch aus **Russland** bestellte das westafrikanische Land 2017 zwei (bewaffnete) Transporthubschrauber vom Typ Mi-8MT/Mi-17, die 2018 geliefert wurden und die **USA** lieferten 2021 und 2022 insgesamt 39 Motoren für die genannten türkischen Mannschaftstransporter.

Militärausgaben

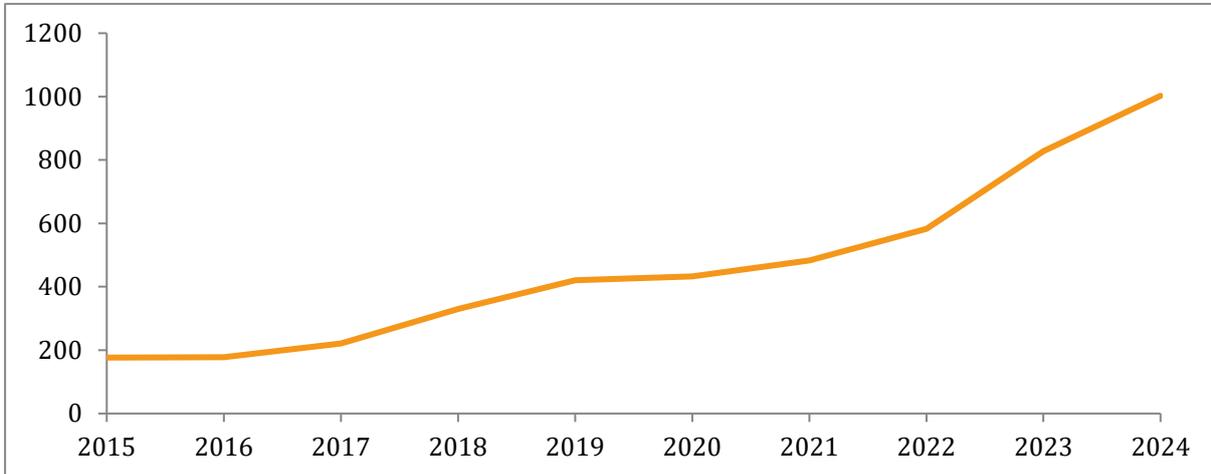
Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	433	483	583	827	1002
Anteil am BIP (in Prozent)	2,1	2,3	3,0	4,1	4,7
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	8,8	8,4	9,2	14,0	17,0

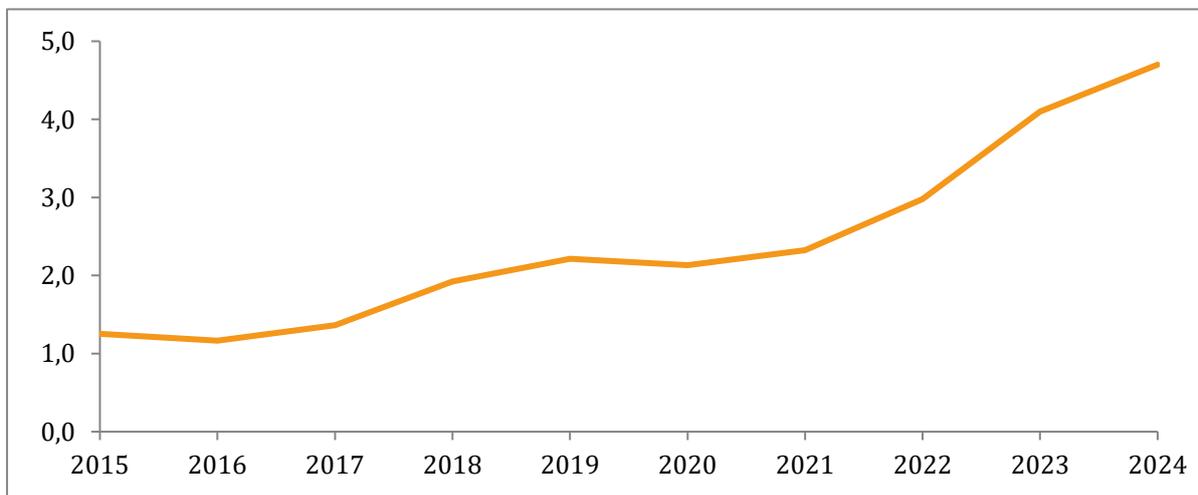
Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3
Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4
Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

In Burkina Faso gibt es keine nennenswerte eigenständige Rüstungsindustrie und es ist in hohem Maße von Rüstungsimporten zur Ausstattung seiner Streitkräfte abhängig. Zwar befinden sich in dem westafrikanischen Land Wartungs- und Instandhaltungseinrichtungen, es

verfügt jedoch über keinen Rüstungsproduktionssektor. Bevor Russland – spätestens in den 2000er Jahren – lange Zeit zum wichtigen Rüstungslieferant wurde, wurde der Sahelstaat in den auf die Unabhängigkeit folgenden Jahrzehnten insbesondere von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich mit vornehmlich gebrauchter militärischer Ausrüstung ausgestattet. Dem Small Arms Survey zufolge ist Burkina Faso auch kein Produzent von Kleinwaffen und Munition, weshalb es in diesem Sektor ebenfalls stark auf Importe angewiesen ist.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

20.600 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 20.000

Luftwaffe: 600

Gendarmerie & paramilitärische Einheiten: 34.200, davon:

Nationale Gendarmerie: 4.200

Zusätzlich: Volksmiliz: 30.000

Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	11	11	11	11	11	11	7	7	21
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,3	0,3	0,9

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

Kommentar

Das burkinische Militär gliedert sich in die Streitkräfte des Heeres und der Luftwaffe. Bereits im Jahr 2022 startete die vormalige Regierung eine Kampagne zur Rekrutierung von bis zu 50.000 Menschen, die in den Dienst der Armee, der Polizei und ziviler Freiwilligendienste eintreten sollten. Für das Jahr 2024 gab das IISS erstmals eine Personalstärke von 20.600 Soldat:innen an (zuvor: 7.000), was sich mit Medienberichten deckt, denen zufolge auch bereits rund 14.000 Streitkräfte trainiert und ausgerüstet worden sein sollen. Es ist allerdings unklar, ob derzeit weitere Streitkräfte rekrutiert werden. Die neuen Rekrut:innen sollen unter anderem, nach einer 14-tägigen Ausbildung, in die Schnellen Eingreiftruppen (Rapid Intervention Battalions; BIR) sowie in die 2020 gegründete „Volunteers for the Defense of the Homeland“ (VDP) integriert werden. Die Anzahl der VDP – einer paramilitärischen Organisation – wird derzeit auf 30.000 geschätzt. Bis 2022 war zudem die National Gendarmerie (aktuell 4.200

Personen stark) in die Streitkräftestruktur integriert, gilt nun aber ebenfalls als paramilitärische Organisation. Als Binnenstaat verfügt Burkina Faso über keine Marine. Oberbefehlshaber:in der burkinischen Streitkräfte ist der:die Präsident:in. Diese:r ernennt auch den:die Chef:in des Generalstabs und ist Vorsitzende:r des Nationalen Rates für Verteidigung und Sicherheit.

Insbesondere in den letzten Jahren ist die Bekämpfung von bewaffneten Gruppen und militantem Extremismus innerhalb des Landes, aber auch über nationalen Grenzen hinaus, zu einer Hauptaufgabe der burkinischen Streitkräfte geworden. Der bis Anfang 2022 amtierende Präsident Roch Marc Christian Kaboré bezeichnete die Terrorismusbekämpfung als nationale Priorität. 2023 kündigte Präsident Traoré an, dass durch eine Zusammenlegung von schnellen Reaktionskräften (Bataillone) eine Spezialbrigade formiert werden solle, welche die Gebiete zurück erobern soll, die unter Kontrolle militanter Gruppierungen stehen.

Das Land beteiligte sich militärisch an der im Jahr 2017 ins Leben gerufenen Eingreiftruppe des Regionalbündnisses G5 Sahel. Neben Burkina Faso nahmen daran Niger, Tschad, Mauretanien und Mali teil. Ziel des Bündnisses war es, der fragilen Sicherheitssituation in der Sahelregion entgegenzuwirken, indem Terrorismus, organisierte Kriminalität sowie Menschenhandel und -schmuggel bekämpft werden – militärisch sollte dies mit der besagten G5 Sahel Joint Force realisiert werden. Die Eingreiftruppe belief sich auf etwa 5.000 Soldat:innen und gliedert sich in sieben Bataillone. An der ersten Operation der Joint Force wirkten neben malischen und nigrischen Soldat:innen auch burkinische Streitkräfte mit. Nachdem Mali (2022) und Niger und Burkina Faso (2023) aus dem Bündnis ausgestiegen sind, wurde jedoch die Auflösung des Bündnisses verkündet. Die drei Länder gründeten kurz darauf die Allianz der Sahelstaaten (AES).

Im Mai 2023 hatte Burkina Faso im Zuge der UN-Mission MINUSMA (Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali) zudem 653 Soldat:innen im Nachbarland Mali stationiert. Darüber hinaus wurde im Jahr 2013 eine inländische Eingreiftruppe zur Terrorismusbekämpfung, die Groupement des Forces Anti-Terroristes (GFAT), etabliert. Die Task Force besteht aus rund 1.600 Armee-, Gendarmerie- und Polizeiangehörigen und führt beispielsweise Razzien gegen vermeintlich terroristische Netzwerke, insbesondere im Norden des Landes, durch. Hinsichtlich der Sicherheit in der nördlichen Grenzregion kooperiert Burkina Faso mit Mali und bis zu dessen Ausstieg auch mit Frankreich. Seine verstärkte militärische Zusammenarbeit mit internationalen Partnern im „Anti-Terror-Kampf“ zeigte sich beispielsweise auch in gemeinsam mit den USA abgehaltenen militärischen Trainings und Austauschprogrammen (z. B. Flintlock). Zusätzlich befinden sich zwei regional ausgerichtete, nationale Militärschulen in Burkina Faso, die durch die französische Kooperation finanziert wurden (es ist davon auszugehen, dass Frankreich seine Finanzierung einstellte – genaue Informationen sind hierzu allerdings nicht erhältlich). Hierzu gehört die technische Militärakademie in der Hauptstadt Ouagadougou. Frankreich hatte zudem eine Operationsbasis in Ouagadougou, die 2014 im Zuge seiner Operation Barkhane errichtet wurde.

In den vergangenen Jahren, insb. seit dem Militärputsch, wird insb. Russland, aber auch der Iran, ein wichtiger Partner. Erst September 2024 wurde bekannt, dass die russische Weltraumagentur Roscosmos mit der Sahelallianz AES ein Telekommunikationssystem und Satellitenüberwachung für die Grenzen entwickeln soll.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Aufklärer	43	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	231	
Artillerie	Mehr als 58	
Panzerabwehr	Einige	Rückstoßfreie Abschussgeräte, z. B. Carl Gustav
Luftabwehr	42	Zahl der Geschütze; zusätzlich Flugabwehrraketen, z. B. 9K32 Strela-2

Quelle: *IISS Military Balance 2025*

Kommentar

Die Schlagkraft der burkinischen Landstreitkräfte war lange insbesondere durch die in weiten Teilen veraltete militärische Ausstattung eingeschränkt. Insgesamt wurde die Ausrüstung in den vergangenen Jahren aber deutlich aufgewertet bzw. durch neue Geräte ersetzt.

Die Aufklärer, von denen Burkina Faso über 43 verfügt, wurden bspw. größtenteils vor Jahrzehnten produziert: Die 24 EE-9 Cascavel Modelle wurden zum Beispiel zwischen 1983 und 1984 von Libyen gestiftet und die Mehrheit der 19 AML-60/AML-90 Modelle im Besitz des burkinischen Heeres entstammen einem Import aus Frankreich im Jahr 1975. Einige Modelle (wie britische Ferret aus dem Jahr 1971 oder zehn französische Aufklärer vom Typ M8/M20 aus dem Jahr 1961) wurden allerdings kürzlich ausgemustert. Stattdessen erhielt Burkina Faso allein 2024 eine ganze Reihe neuwertiger Mannschaftstransporter von der Volksrepublik China: zehn WZ551, 50 CS/VP-14, 40 VP-11 sowie 16 VN-22 – insgesamt also (schätzungsweise) 116 Stück. Zur moderneren Ausrüstung der Landstreitkräfte gehören auch weitere gepanzerte Mannschaftstransporter (bspw. sechs des Typ Gila oder 63 vom Typ Puma M26-15, die Burkina Faso ab 2009 bzw. 2014 aus Südafrika erwarb). 2019 stiftete Katar 24 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Storm. Im selben Jahr schenkte Frankreich dem burkinischen Militär vier gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Bastion, von dem das Land bereits 2012 zehn Modelle erworben hatte. Zwischen 2018 und 2019 bestellte Burkina Faso außerdem für circa 28,9 Mio. US-Dollar 60 gepanzerte Fahrzeuge vom Typ Cobra aus der Türkei.

Auch in der Ausrüstung der Luftabwehr existieren alte wie neue Waffentypen: So verfügt das burkinische Heer einerseits noch über Flugabwehrraketen vom Typ 9K32 Strela-2, die 1986 geliefert wurden, andererseits importierte es im Jahr 2012 20 russische Flugabwehrraketen (Typ: Igla-S/SA-24).

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Aufklärer	1	
Transportflugzeuge	10	Davon 1 Passagierflugzeug
Ausbildungsflugzeuge	5	Alle kampffähig
Kampfhubschrauber	2	Mi-35 Hind
Transporthubschrauber	3	
Mehrzweckhubschrauber	4	
Drohnen	7	Bayraktar TB2 und -Akinci

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die 600 Personen starke burkinische Luftwaffe (Force Aérienne de Burkina Faso, FABF) verfügt zum Teil über veraltetes Equipment. So sind beispielsweise zwei der fünf kampffähigen Ausbildungsflugzeuge, die sich im Besitz der Luftwaffe befinden, vom Typ SF-260WL Warrior, bereits im Jahr 1986 von Italien geliefert worden. Eines der Transportflugzeuge (Typ: Beech 200 King Air) entstammt einem Gebraucht-Import aus den USA im Jahr 1991. Auch ein in Frankreich produzierter Transporthubschrauber vom Typ AS350 wurde bereits 1991 erworben.

Die Kapazitäten der Luftwaffe werden jedoch zunehmend um moderne Rüstungsgüter erweitert und veraltete Fluggeräte werden ausgemustert: So hat Burkina Faso beispielsweise 2011 drei kampffähige Ausbildungsflugzeuge vom Typ EMB-314 Super Tucano in Einsatz genommen. 2012 schenkte Frankreich der Luftwaffe drei leichte Transportflugzeuge vom Typ Tetras. 2017 stiftete Taiwan Burkina Faso zwei gebrauchte Transporthubschrauber (Typ: UH-1H Huey). Daneben importierte Burkina Faso 2016 ein Aufklärungsflugzeug vom Typ DA42M aus Österreich. 2016 kaufte das Land zudem einen italienischen Hubschrauber vom Typ AW139 sowie 2018 zwei russische Maschinen vom Typ Mi-17 Hip H. Im Jahr 2019 wurde zudem ein Transportflugzeug des Typs C-295 aus Spanien geordert. Seit Mitte 2022 gehören auch fünf Bayraktar TB2- und seit 2024 zwei Akinci Kampfdrohnen zum Inventar der Luftstreitkräfte.

Im Kampf gegen bewaffnete, extremistische Gruppen in der Region unterstützte vor allem Frankreich die burkinischen Streitkräfte. So hatte Frankreich neben Soldat:innen unter anderem auch sieben Hubschrauber in Burkina Faso stationiert (zwei vom Typ AS532UL, zwei vom Typ H225M und drei vom Typ Gazelle). Der ehemalige burkinische Außenminister Alpha Barry gab in einem Radiointerview im Dezember 2019 an, dass das Land in hohem Maße auf Luftunterstützung von Seiten Frankreichs angewiesen sei. So mussten die meisten medizinischen Evakuierungen von französischem Militärpersonal geleistet werden. Ferner sei das Zurückdrängen von militanten Extremist:innen vor der Stadt Djibo im September 2019 der burkinischen Luftwaffe alleine nicht möglich gewesen, sondern insbesondere auf Interventionsmaßnahmen Frankreichs zurückzuführen.

Box 2***Gendarmerie & Paramilitär****Einige gepanzerte Mannschaftstransporter**Quelle: IISS Military Balance 2025***Box 3*****Peacekeeping****Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 5 Soldat:innen**Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 8 Soldat:innen**Sudan (UNISFA): 1 Soldat:in**Quelle: IISS Military Balance 2025***Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft**

Die Beziehung zwischen der burkinischen Gesellschaft und dem Militär ist von langen Phasen (semi-)autoritärer, militärdominierter Herrschaft geprägt. Das Militär verfügt über weitreichenden politischen Einfluss. In der postkolonialen Geschichte des westafrikanischen Landes ereigneten sich zahlreiche politische Umstürze durch das Militär und die Mehrheit der bisherigen Regierungschef:innen legte eine berufliche Laufbahn im Militär zurück.

Erstmals seit der Unabhängigkeit von Frankreich im Jahre 1960 kam es in Burkina Faso, das damals noch Republik Obervolta hieß, im Jahr 1966 zu einem Militärputsch. Präsident der Militärregierung wurde General Abubakar Sangoulé Lamizana. Er wurde im Jahr 1980 infolge des von Oberst Saye Zerbo angeführten Umsturzes von diesem abgelöst. Zerbo wiederum wurde zwei Jahre später durch den Offizier Baptiste Philippe Ouédraogo aus dem Amt geputscht. Ein Jahr später erlangte Thomas Sankara, ebenfalls ein Offizier der burkinischen Streitkräfte, durch einen Staatsstreich das Amt des Präsidenten. Sankara wurde 1987 durch seinen ehemaligen Weggefährten, Hauptmann Blaise Compaoré, gestürzt und ermordet. Das darauffolgende Regime Compaorés, das 1989 einen Umsturzversuch durch einige Militärs vereitelte, währte 27 Jahre.

Im Oktober 2014 fand die Regierungszeit Compaorés in Folge von Massenprotesten gegen die geplante Verfassungsänderung, mit der er seine Amtszeit verlängern wollte, ein Ende. Eine Übergangsregierung unter dem ehemaligen Diplomaten Michel Kafando trat an. Damit stand das erste Mal in Burkina Fasos Geschichte ein Zivile als Präsident an der Spitze des Staates. Im September 2015 kam es jedoch erneut zu einem Staatsstreich in Burkina Faso: Die militärische Eliteeinheit RSP (Regiment of Presidential Security) stürmte unter Führung ihres Kommandanten General Gilbert Diendéré eine Kabinettsitzung der Übergangsregierung und nahm Präsident Kafando, den Premierminister sowie weitere Minister:innen als Geiseln. Diendéré löste die Übergangsregierung auf und ernannte sich zum Präsidenten. Zivile Massenproteste brachen aus, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen mobilisierten massiven Widerstand gegen den Putsch. Die RSP reagierte mit brutaler Gewalt – in einer Woche starben 14 Protestierende, mehr als 250 wurden verletzt. Nicht zuletzt auf

Druck der Armee, die sich zunächst zurückgehalten hatte, und wegen der anhaltenden Proteste ergab sich Diendéré jedoch schließlich. Aus den Wahlen im November 2015 ging der Bankier Roch Marc Christian Kaboré als Sieger hervor, der Jahre zuvor unter Compaoré zahlreiche ranghohe Ämter innegehabt hatte. Die RSP wurde aufgelöst. Einige Schlüsselakteure des Putsches von 2015, darunter Diendéré selbst, wurden vor ein Militärgericht gestellt und zu Haftstrafen von bis zu 30 Jahren verurteilt. Laut eines Berichts der International Crisis Group blieb die Lage innerhalb des Militärs auch nach einer großangelegten Umbildung in der militärischen Hierarchie, welche von Kaboré zwischen 2018 und 2019 durchgeführt wurde, angespannt und die Gefahr von Meutereien und Putschversuchen relativ hoch. Bei den Präsidentschaftswahlen Ende 2020 wurde Kaboré noch in seinem Amt bestätigt, Ende Januar 2022 kam es jedoch zu einem weiteren Coup durch die Armee. Nach der Festnahme Kaborés wurde der Putschführer Paul-Henri Sandaogo Damiba im Januar 2022 offiziell zum Präsidenten ernannt. Im September des gleichen Jahres kam es jedoch erneut zu einem Putsch unter Führung von Hauptmann Ibrahim Traoré, welcher derzeit das Amt des Präsidenten einnimmt. Noch im September 2023 soll ein erneuter Putschversuch vereitelt worden sein.

Der einflussreichen Stellung des Militärs im politischen System Burkina Fasos steht eine breite Zivilgesellschaft gegenüber, in der vor allem Gewerkschaften, Studierendenvereinigungen und Menschenrechtsorganisationen aktiv sind. Ihre Proteste waren sowohl für die Beendigung der Herrschaft Compaorés als auch für die des Putsches der RSP entscheidend.

In den letzten Jahren mehrten sich Berichte von Menschenrechtsverletzungen durch Militärs im Rahmen des sogenannten „Anti-Terror-Kampfes“. Amnesty International verweist im Länderbericht 2019 beispielsweise auf die „Neutralisierung“ von 146 „Terrorist:innen“ in den nördlichen Provinzen Yatenga und Loroum. Lokale zivilgesellschaftliche Organisationen bezeichnen einige dieser Tötungen als außergerichtliche Hinrichtungen. Massive Menschenrechtsverletzungen im Rahmen von Militäroperationen setzten sich 2020 fort, so Amnesty International im [Jahresbericht](#). Auch Human Rights Watch dokumentiert im [Länderbericht 2020](#) willkürliche Massenverhaftungen und außergerichtliche Exekutionen von Personen in den konfliktreichen Regionen durch Soldat:innen und die Gendarmerie. Einige der Festgenommenen wurden später tot aufgefunden, andere starben nach schwerer Misshandlung in Gewahrsam. Die Menschen in den Konfliktregionen fliehen nicht nur wegen der Gefahr bewaffneter Überfälle extremistischer Gruppen, sondern auch wegen der Gewaltanwendung staatlicher Streitkräfte im Rahmen der Terrorismusbekämpfung. Versprechungen seitens der burkinischen Regierung zur Aufarbeitung von durch das Militär und anderen Sicherheitskräften verübten Menschenrechtsverletzungen bleiben folgenlos. Die Situation hat sich auch unter der neuen Militärregierung, HRW ([2025](#)) zufolge, bisher nicht geändert.

Trotz vermehrter Berichte über Menschenrechtsverletzungen durch Militärangehörige wird das Militär in Teilen der Bevölkerung als wichtiger Stabilitätsfaktor wahrgenommen. Nach Angaben des [Afrobarometer 2019](#) lehnte zwar eine Mehrheit von 62 Prozent (2018: 74 Prozent) der burkinischen Bevölkerung eine Militärregierung als Regierungsform ab. Dennoch würden über 66 Prozent der Befragten (Stand 2021/2023) einer militärischen Intervention in Regierungsgeschäfte zustimmen. Diese Tendenz scheint stabil: Schon 2018 gaben 71 Prozent an, dass das Militär das Land oft, wenn auch nicht immer, vor inneren und äußeren Sicherheitsbedrohungen schütze. Auch sagten 68 Prozent, das Militär arbeite professionell und wahre die Bürgerrechte. Die Wahrnehmung des Militärs als wichtigen Faktor für Sicherheit und Stabilität könnte angesichts einer sich zuspitzenden Sicherheitslage weiter an Bedeutung gewinnen. Ob, oder wie sich die Wahrnehmung des Militärs nach den jüngsten Putschen im Januar und September 2022 ändern wird, bleibt noch abzuwarten.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	0,4	0,3	0,4	0,6	2,0

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Kommentar

Der burkinische Sicherheitsapparat besteht neben Heer und Luftwaffe aus der Nationalen Gendarmerie und der Polizei. Während die Gendarmerie technisch gesehen dem Verteidigungsministerium untersteht, ist sie jedoch dem Ministerium für Innere Sicherheit gegenüber berichtspflichtig. Damit hat sie sowohl militärische wie auch polizeiliche Funktionen. Sie besteht derzeit aus etwa 4.200 Streitkräften und ist mit gepanzerten Mannschaftstransportern vom Typ Bastion ausgestattet. Die Nationale Polizei hingegen untersteht dem Ministerium für Innere Sicherheit. Traditionell gesehen operiert sie vor allem in städtischen Gegenden, während die Gendarmerie für Sicherheit und Ordnung in ländlichen Gebieten zuständig ist. Diese räumliche Trennung verschwimmt in den letzten Jahren jedoch zunehmend.

Aufgrund der Tatsache, dass Sicherheit und Ordnung durch staatliche Sicherheitskräfte de facto nicht auf dem gesamten burkinischen Territorium garantiert ist, und wegen der gestiegenen Gefahr bewaffneter Überfälle durch extremistische Gruppen haben sich in zahlreichen Regionen Burkina Fasos nicht-staatliche, bewaffnete Gruppen gebildet, die den Mangel an staatlichen Sicherheitsgarantien kompensieren wollen. So etwa die Selbstverteidigungsmiliz Koglwéogo, die Anfang 2015 von Landwirt:innen gegründet wurde und eine Antwort auf die wachsende Unsicherheit in den nördlichen Regionen darstellen soll. Hinzu kommen traditionelle Selbstverteidigungsgruppen wie die Dozo, die in westlichen Gebieten aktiv sind. Diese informellen Sicherheitsakteure werden von weiten Teilen der burkinischen Gesellschaft akzeptiert: Laut Afrobarometer fanden 2018 77 Prozent der Gesellschaft, dass sie „eine gute Sache“ für die Sicherheit des Landes seien. Eine neue Legitimierung erfuhren die Selbstverteidigungsgruppen im Januar 2020 durch den „Volunteers for the Defense of the Homeland Act“: Auf Basis bestehender Gruppen – wie den Koglwéogo und Dozo – sollen Freiwillige staatlich unterstützt militärisch ausgebildet werden, um Stabilität und Sicherheit in den Regionen zu erhöhen. Menschenrechtsorganisationen positionieren sich gegenüber diesen nichtstaatlichen, bewaffneten Gruppen äußerst kritisch, da sie eigenen, unkontrollierten Regeln folgen. Human Rights Watch und Amnesty International dokumentieren Tötungen, Folter und andere Menschenrechtsverletzungen, die durch diese Gruppen begangen werden. Stand 2025 umfassen diese „Homeland Defence Volunteers“ rund 30.000 Mitglieder. Rekrut:innen absolvieren eine zwei- bis dreiwöchige Ausbildung und werden anschließend bewaffnet. Regionaleinheiten werden dann der nächstgelegenen Militäreinheit, spezialisierten Polizeieinheiten oder einer Gendarmerie-Brigade unterstellt.

Auch staatliche Sicherheitskräfte sind in schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen involviert; so kommt es immer wieder zu außergerichtlichen Hinrichtungen. Allein zwischen

November 2019 und Juni 2020 wurden laut Human Rights Watch in der Gegend um Djibo die Überreste von 180 hingerichteten Personen gefunden. Hinzu kommen etliche Berichte von Folter und schwerer Misshandlung in Polizeigewahrsam. Opfer- sowie zivilgesellschaftliche Organisationen bemängeln, dass Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte nicht untersucht werden. Auch bei Demonstrationen gehen Sicherheitskräfte mitunter gewaltsam gegen Protestierende vor; in der Folge gibt es regelmäßig Verletzte. Hinzu kommen ein hohes Maß an Korruption, insbesondere innerhalb der Polizei, sowie ein Klima von Straflosigkeit: Zwar werden Fälle von Korruption strafrechtlich verfolgt, bleiben aber zumeist ohne Konsequenzen.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank ([ruestungsexport.info](#)).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba von 2006	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag von 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) von 2021	Unterzeichnet, aber nicht beigetreten	https://treaties.un.org

Kommentar

Burkina Faso ist der Mehrheit wichtiger internationaler Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge beigetreten. So unterzeichnete es am 3. Juni 2013 auch den Internationalen Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty, ATT), der internationale Standards für den Handel mit Waffen festlegt und dem illegalen Waffenhandel entgegenwirken will. Zudem gehörte Burkina Faso zu den ersten Staaten, die den Vertrag von Pelindaba unterzeichneten und ratifizierten. Dieser trat mit der 28. Ratifizierung im Jahr 2009 in Kraft und verbietet das Testen, die Stationierung, den Besitz und die Herstellung von Nuklearwaffen auf dem afrikanischen Kontinent. Auch den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnete Burkina Faso im September 2022, eine Ratifizierung steht allerdings noch aus.

Gegen Burkina Faso ist derzeit weder von der Europäischen Union noch von den Vereinten Nationen ein Waffenembargo verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 4**Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023**

On April 19, Transition President Captain Ibrahim Traoré signed a decree establishing a “general mobilization and warning” that gave him broad powers to abridge individual rights, purportedly in the interest of defeating terrorist groups. The decree stated that the transition government would have power to requisition individuals, goods, and services, and authorized restrictions on unspecified rights. Significant human rights issues included credible reports of: arbitrary or unlawful killings, including extrajudicial killings; enforced disappearance; torture or cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment by and on behalf of the government; arbitrary arrest or detention; serious problems with the independence of the judiciary; arbitrary or unlawful interference with privacy; serious abuses in a conflict, including reportedly unlawful or widespread civilian deaths or harm, enforced disappearances or abductions, physical abuses, and conflict-related sexual violence or punishment; unlawful recruitment or use of children in armed conflict by armed groups; serious restrictions on freedom of expression and media freedom, including violence or threats of violence against journalists, unjustified arrests or prosecutions of journalists, censorship, or enforcement of or threat to enforce criminal libel laws to limit expression; substantial interference with the freedom of peaceful assembly and freedom of association; inability of citizens to change their government peacefully through free and fair elections; serious and unreasonable restrictions on political participation; serious government corruption; extensive gender-based violence, including domestic or intimate partner violence, sexual violence, workplace violence, child, early, and forced marriage, female genital mutilation/cutting, femicide, and other forms of such violence; and crimes involving violence or threats of violence targeting members of the Fulani ethnic group. Beyond opening investigations, the Transition Authorities did not take credible steps to identify and punish officials who may have committed human rights abuses.

The country experienced deadly attacks by violent extremist organizations during the year. Jama’at Nasr al-Islam wal Muslimin (Group for the Support of Islam and Muslims), the Islamic State in the Greater Sahara, and other armed groups, such as the homegrown Ansaroul Islam, perpetrated numerous attacks resulting in hundreds of civilian deaths as well as scores of deaths among government security forces and state-sponsored militias. Security incidents included improvised explosive device attacks; targeted killings; kidnappings; attacks on mining sites (especially gold mines); burning of schools, medical centers, and homes; and theft of cattle, vehicles, and food assistance. According to the UN Human Rights Office, the country recorded 513 security incidents that left more than 1,400 dead during the first six months of

the year. The Transition Authorities detained several hundred suspected violent extremists. This included children allegedly associated with armed groups, including potential trafficking victims.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
<https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/burkina-faso/>

Box 5

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2025

People accused of plotting against the state were arbitrarily arrested. Activists, journalists and magistrates were victims of enforced disappearances. The continuing armed conflict resulted in hundreds of civilian deaths and the blockades of several towns. Media organizations were temporarily closed. The government planned to criminalize consensual same-sex sexual relations in the amended Personal and Family Code.

Quelle: Amnesty International Report 2025
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/8515/2025/en/>

Box 6

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2025

Bewertung für Burkina Faso auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 22/60

Politische Rechte: 3/40

Gesamtbewertung: Nicht frei (25/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 7

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2025

Two successive military coups in 2022 plunged Burkina Faso into political crisis, eliminating many of the significant political reforms that had been implemented after the 2014–15 transition from the rule of long-time President Blaise Compaoré. While civil society and organized labor remain strong forces for democracy, Burkina Faso face continued insecurity and violence from armed extremist groups, militias, and government forces, causing widespread internal displacement. The stated goal of the military's two illegal seizures of power was to address growing security and humanitarian crises, but insecurity has dramatically worsened since the takeovers. The ruling junta has acted unilaterally to entrench itself in power, postponing elections indefinitely and suppressing dissent.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/burkina-faso/freedom-world/2025>

Kommentar

Burkina Faso ist den wesentlichen Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen beigetreten. In der Verfassung sind Bürgerrechte, wie die Religionsfreiheit, die Versammlungsfreiheit oder die Meinungsfreiheit, garantiert. De facto kommt es jedoch immer wieder

zu Verstößen oder Einschränkungen grundsätzlicher Freiheitsrechte. Zwar hatten sich seit dem politischen Wechsel und der Machtübernahme von Präsident Roch Marc Christian Kaboré im Jahr 2015 die Bedingungen für Demonstrationen und Protest verbessert. Dennoch kommt es weiterhin zum Verbot von Demonstrationen aus „Sicherheitsbedenken“ oder zur gewaltsamen Auflösung von Protest durch Sicherheitskräfte. So löste die Polizei beispielsweise Mitte September 2019 eine Kundgebung, die Gewerkschaften in der Hauptstadt organisiert hatten, unter Einsatz von Tränengas auf. Als Argument zur Einschränkung der Versammlungsfreiheit wird in der Regel der im Juli 2019 über 14 Provinzen verhängte und immer wieder verlängerte Notstand – im März 2023 wurde der Notstand über 22 Provinzen verhängt – herangezogen. Seit dem das Militär geputscht und die Regierung übernommen hat, haben sich die Menschenrechtsbedingungen weiter verschlechtert. Menschenrechtsverstöße hat die Zivilbevölkerung dabei vor allem von bewaffneten, dschihadistischen Gruppen, staatlichen Sicherheitskräften bei Militäroperationen und Pro-Regierungsmilizen zu befürchten.

Für schwere Menschenrechtsverletzungen an der Bevölkerung sind u. a. bewaffnete, dschihadistische Gruppen, wie Ansarul Islam, Jama'at Nasr al-Islam wal Muslimin (Gruppe für die Unterstützung des Islams und der Muslime, kurz: JNIM) und Islamischer Staat in der Westafrikanischen Provinz (ISWAP) verantwortlich. Hunderte Menschen werden jährlich in extremistisch motivierten Angriffen getötet, verletzt oder entführt. Zunehmend attackieren Anhänger:innen bewaffneter Gruppen religiöse Vertreter:innen, darunter vor allem Personen christlichen Glaubens - zuletzt bspw. im [September 2024](#). Besonders betroffen sind die Regionen im Norden und im Osten Burkina Fasos an den Grenzen zu Mali und Niger. So starben Ende Mai 2020 mindestens 50 Menschen bei einer Serie von Angriffen durch bewaffnete Gruppen, darunter 25 Zivilist:innen auf einem Viehmarkt in dem Dorf KOMPIENGA im Osten des Landes. Für Aufsehen sorgte insbesondere ein schweres Massaker im August 2024, bei dem innerhalb weniger Stunden bis zu [600](#) Menschen erschossen worden sein sollen.

Hinzukommen Menschenrechtsverstöße durch [bewaffnete Selbstverteidigungsmilizen](#), durch die jedes Jahr mehrere Menschen sterben sowie die Streit- und Sicherheitskräfte Burkina Fasos. Auch sie begehen in der Bekämpfung von bewaffneten Gruppen und vermeintlichen Terrorist:innen schwere Menschenrechtsverletzungen. Zwischen November 2019 und Juli 2020 sind rund 180 Personen um die Stadt Djibo herum tot aufgefunden worden, teilweise in Gruppen am Straßenrand liegend. Laut Human Rights Watch gibt es Beweise dafür, dass es sich dabei um Opfer von Massenhinrichtungen durch Streit- und Sicherheitskräfte handelt. 2023 [berichtete](#) Human Rights Watch, dass burkinische Militärs seit Februar 2023 in der Provinz Séno in drei Fällen mindestens neun Männer getötet haben sowie 18 weitere Personen verschwinden lassen und anschließend ebenfalls getötet haben sollen. In einem Fall sollen sie acht Kinder zwischen 6 und 16 Jahren misshandelt haben. Menschenrechtsverletzungen durch das Militär oder die Polizei werden selten untersucht. Die Angriffe bewaffneter Gruppen, aber insbesondere auch die militärische Auseinandersetzung mit militanten Gruppen lösen Fluchtbewegungen im Land aus. Im September 2020 waren UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) zufolge mehr als eine Millionen Burkiner:innen binnenvertrieben. Aktuell sind es zwei Mio. Binnenvertriebene. Human Rights Watch verweist auf die erhöhte Gefahr der Radikalisierung innerhalb der Gesellschaft durch Menschenrechtsverletzungen der Streit- und Sicherheitskräfte.

Berichte von Folter und Misshandlung in Polizeigewahrsam sind Amnesty International zufolge in Burkina Faso an der Tagesordnung. Die Situation in den Gefängnissen ist desaströs. In der Regel sind nahezu doppelt so viele Personen in den Gefängnissen untergebracht, wie vorgesehen. Die verbreitete Praxis, Personen ohne Anklage zu inhaftieren, verletzt internationale Standards hinsichtlich eines fairen Verfahrens. Nach dem Tod von elf Inhaftierten

in polizeilichem Gewahrsam im Juli 2019 in Ouagadougou wurden immerhin neun Polizist:innen wegen Totschlags und unterlassener Hilfeleistung angeklagt.

Innere Lage im Empfängerland

Box 8

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

During the period under review, Burkina Faso faced a deepening security and humanitarian crisis that was accompanied by a deterioration of overall governance. Approximately two million internally displaced persons have fled the growing Islamist threat and violent acts perpetrated by the country's security forces. A significant portion of the country, around 40%, is no longer under central government control, including many border provinces. Access to important towns has been cut off for extended periods and they can only be reached with heavy military escort or by air. The state is on the verge of territorial disintegration.

[...]

Politically, the two years under review were markedly different. During 2021, following the December 2020 elections, governance appeared to be stable. However, 2022 began with a military coup d'état, which ousted the elected president and parliament, and ended with a second coup, which replaced one junta with another. Following the successive military takeovers in 2022, the regime can be considered fully autocratic, though civil society still has some room for policy influence and most media outlets, except certain international ones, enjoy freedom of expression.

Strategically, the ruling military has seemingly shifted its approach between the first and second juntas. The initial focus was on restoring peace and stability through dialogue and reconciliation, but the current approach emphasizes a more forceful response to combat the Islamist groups. This includes the deployment of paramilitary forces known as the Volontaires pour la Defense de la Patrie (VDP). Some observers express concerns that this approach may exacerbate existing ethnic tensions, while others argue that involving civilians in the fight against jihadism is necessary to regain control of the state's territory and protect communities from terrorist attacks. Additionally, this strategy aims to avoid collaboration with the Wagner group. As of January 2023, there appears to be a significant rupture in the military's relationship with France. However, the military junta has emphasized that it does not seek to sever diplomatic ties with France. Burkina Faso is clearly in a transitional period with an uncertain future direction.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/BFA>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2024)

Im Jahresbericht 2024 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Burkina Faso 41 von 100 möglichen Punkten (2023: 41 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie Kuba, Ungarn, Südafrika, Tansania oder Trinidad und Tobago. Deutschland erzielte 75 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2024>

Spannungen und innere Konflikte

Burkina Faso blickt seit seiner Unabhängigkeit auf zahlreiche Militärputsche und eine lange Phase (semi-)autoritärer Herrschaft zurück. Zwar beendete Ende 2014 ein Aufstand der Zivilbevölkerung das Regime von Blaise Compaoré und führte nach einem missglückten Putsch durch die militärische Eliteeinheit RSP im Jahr 2015 zur Wahl von Roch Marc Christian

Kaboré. Das Armed Conflict Location & Event Data Project zählte jedoch seit November 2015 in Burkina Faso hunderte Proteste und Streiks. Burkinische Bürger:innen, insbesondere aus der jüngeren Generation, äußern auch heute regelmäßig Frustration über die Regierung und staatliche Institutionen. Die Meinung, dass der Aufstand nach wie vor „unvollendet“ sei, vertreten, der International Crisis Group zufolge, große Teile der Gesellschaft: Ihr Protest hatte zwar Compaorés Herrschaft beendet, aber die politischen Eliten und die Methoden der Regierungsführung blieben größtenteils gleich. Die meisten Personen in Regierungsverantwortung hatten bereits Positionen im alten Regime inne, in dem kaum Raum für Opposition zugelassen wurde. Dies veränderte sich auch nach der Wiederwahl Kaborés im November 2020 nicht. Die Zustände unter der aktuellen Militärjunta scheinen sich zudem zu verschärfen.

Während Blaise Compaoré mit einem Netz aus persönlichen Allianzen und der Unterdrückung von Opposition seine Kontrolle landesweit gesichert und damit ein Bild von Stabilität kreiert hatte, ist die staatliche Präsenz, vor allem in ländlichen Regionen, mit dem Ende seines Regimes geschwunden. Durch das Hinzukommen von bewaffneten [Selbstverteidigungsmilizen](#) bspw. der Koglwéogo ist die Erosion staatlicher Kontrolle in ländlichen Gebieten weiter vorangeschritten. Gleichzeitig eskalieren zunehmend Spannungen, darunter Auseinandersetzungen zwischen ethnischen Gemeinschaften, und führen zu gewaltsamen Konflikten. Spannungen in den ländlichen Regionen Burkina Fasos resultieren oft aus Streitigkeiten über natürliche Ressourcen und Land. Oftmals entstanden sie zwischen indigenen Bevölkerungsteilen und hinzugezogenen Gruppen und mündeten in interkommunale, teils gewaltsame Konflikte, vor allem zwischen Bauern:Bäuerinnen und Hirt:innen. So kam es beispielsweise 2015 zu Kämpfen zwischen ethnischen Fulani (Hirt:innen) und ethnischen Mossi und Gourmantché (sesshafte Gruppen). Diese ethnischen Auseinandersetzungen wurden in den letzten Jahren (besonders seit 2018) von dschihadistischen Gruppen zunehmend ausgenutzt und verstärkt.

Zusätzlich stieg die Kriminalität, bspw. in Form von Viehdiebstahl und Straßenüberfällen, in den ländlichen Gebieten seit Anfang der 2000er Jahre signifikant an. Die schlechte Ausstattung des Militärs und die grassierende Korruption im Sicherheits- und Justizsektor beeinträchtigen eine effektive Rechtsdurchsetzung. Resultat des defizitären staatlichen Gewaltmonopols ist die Entstehung von Selbstverteidigungsgruppen, darunter die Koglwéogo, die sich 2014 gründete. 2018 gab es rund 4.500 Koglwéogo-Gruppen mit insgesamt circa 45.000 Mitgliedern in Burkina Faso. Zumeist ausgerüstet mit Jagdgewehren sind Koglwéogo-Angehörige für ihre brutalen Methoden der Bestrafung von mutmaßlichen Kriminellen bekannt. Weite Teile der Gesellschaft akzeptieren oder befürworten laut Afrobarometer 2018 diese selbsternannten Ordnungshüter:innen. Gleichzeitig facht die Verbreitung der Koglwéogo, die landesweit hauptsächlich ethnische Mossi rekrutieren, interethnische Spannungen an. So brachen etwa nach der Ermordung des Dorfvorstehers von Yirgou im Januar 2019 interkommunale Kämpfe zwischen ethnischen Fulani- und ethnischen Mossi-Gemeinschaften im Norden des Landes aus. Bei einer Reihe von Vergeltungsschlägen gegen Fulani, die mitunter von Koglwéogo-Mitgliedern organisiert worden waren, starben Regierungsaussagen zufolge circa 50 Personen. Lokale zivilgesellschaftliche Gruppen berichteten von rund 200 getöteten Menschen.

Hinzu kommt die bewaffnete Auseinandersetzung der Regierung mit dschihadistischen Gruppen. Seit Anfang 2019 galt offiziell in 14 Provinzen Burkina Fasos der Notstand; seit März 2023 gilt dieser für 22 Provinzen. derzeit (Stand Oktober 2024) sind es 23. Seit im August 2014 burkinische Streit- und Sicherheitskräfte an der UN-Mission in Mali teilnehmen, greifen dschihadistische Gruppen auch das burkinische Kontingent der Friedenstruppe an. Seit 2015/2016 sind die drei Gruppen Ansarul Islam, JNIM und Islamischer Staat in der

Westafrikanischen Provinz (ISWAP) in Burkina Faso aktiv und verüben vor allem in nördlichen und östlichen Regionen sowie in der Hauptstadt Burkina Fasos regelmäßig Angriffe auf Militärs sowie auf Zivilist:innen und lokale Politiker:innen. Ansarul Islam gründete sich als autonome burkinische Bewegung Ende 2016 und schloss sich später mit JNIM, die Verbindungen zu AQIM (al-Qaida im Islamischen Maghreb) hat, zusammen. JNIM, die zunächst vor allem in den östlichen Provinzen aktiv war, operiert seit 2016 mitunter auch im Westen des Landes. ISWAP hat ausgehend von der nördlichen Grenzregion zu Mali mittlerweile auch Fuß in den Provinzen Namentenga und Sanmatenga im Zentrum des Landes sowie in östlichen Provinzen fassen können. Dschihadistisch motivierte Angriffe richten sich dabei zunehmend auch gezielt gegen Personen und Gebäude christlichen Glaubens. Zwar rekrutieren die betreffenden Gruppen vor allem lokal Kämpfer:innen, sie haben jedoch auch Verbindungen ins Ausland, allen voran nach Mali. Sie profitieren dabei von interethnischen Konflikten und Land- und Ressourcenstreitigkeiten. Viele Rekrut:innen sind ethnische Fulani oder Gourmantché, die politisch oder gesellschaftlich benachteiligt sind. Einige sind Straßenräuber:innen oder desertierte bzw. entlassene Militärs, die im Umgang mit Waffen geübt sind.

Auch die Gewaltanwendung der burkinischen Streit- und Sicherheitskräfte im „Anti-Terror-Kampf“ begünstigt Radikalisierungstendenzen und treibt Menschen in die Arme dschihadistischer Gruppen, sei es auf der Suche nach Schutz oder nach Vergeltung. Gleichzeitig erhöhte sich so das Risiko einer Meuterei im Militär. Viele Soldat:innen im Einsatz gegen dschihadistische Gruppen kritisierten die Art der Durchführung von Militäroperationen und den Mangel an Unterstützung. Zunehmend weniger mobil und in defensive Positionen gedrängt, wuchs der Unmut in den Reihen der Streit- und Sicherheitskräfte über die Militärstrategie der Regierung. Freiwillige, die sich für den „Kampf gegen Terrorist:innen“ melden, erhalten ein vierzehntägiges Training, um dann mit Waffen ausgerüstet und in den Kampf geschickt zu werden. Die International Crisis Group verweist darauf, dass diese Strategie im Rahmen steigender Zahlen von Gewalt gegenüber Zivilist:innen bedenklich ist und, wenn keine Aufsichtsmechanismen geschaffen werden, das Maß an gewaltsamen Auseinandersetzungen weiter erhöhen wird.

Im Januar sowie im September des Jahres 2022 kam es erneut zu Staatsstreich durch das Militär. Während der erste noch von ranghohen Militärs geführt wurde, erwuchs zweiter aus den Reihen niedrigerer Ränge. Der zweite Putsch soll unter anderem in der hohen Frustration innerhalb, und einer gewissen Ignoranz gegenüber den Anliegen der unteren Ränge begründet liegen.

Trotz aller forcierten Maßnahmen zur „Terrorismusbekämpfung“ verschärft sich der Konflikt im Land weiter: Der Nichtregierungsorganisation ACLED (Armed Conflict Location and Event Data Project) zufolge fanden 66 Prozent aller zwischen 2015 und Anfang 2020 verübten, dschihadistisch motivierten Angriffe in Burkina Faso allein im Jahr 2019 statt. Damit verzeichnete Burkina Faso 2019 die meisten Angriffe durch dschihadistische Gruppen in der gesamten Sahelzone. Im Inland wie der Region steigt die Zahl der Geflüchteten. UNHCR zufolge waren im September 2020 mehr als eine Millionen Menschen in Burkina Faso binnenvertrieben, davon allein fast 475.000 zusätzlich seit Anfang 2020. Aktuell wird die Zahl auf über zwei Millionen Menschen [beziffert](#). Damit befindet sich aktuell fast ein Zehntel der gesamten burkinischen Bevölkerung auf der Flucht und in einer prekären humanitären Lage; die große Mehrheit von ihnen stammt aus den nördlichen und östlichen Regionen Burkina Fasos und flieht – oft mehrfach – innerhalb der konfliktreichen Provinzen. Die Zahl der Todesfälle durch Gewaltkonflikte stieg im Jahr 2023 um 38 Prozent, die Zahl ziviler Opfer um 18 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Allein 2023 sollen, dem [UN-Sicherheitsrat](#) zufolge, mehr als 8.000 Menschen getötet worden sein. Das burkinische Militär soll laut [HRW](#) am 24. und 25. April

2023 223 Zivilist:innen – drunter 56 Kinder – erschossen haben, da die Dorfbewohner:innen beschuldigt wurden, mit islamistischen bewaffneten Gruppen zu kooperieren.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Burkina Faso – nach der Unabhängigkeit und vor der Umbenennung im Jahr 1984 Republik Obervolta – ist ein Binnenstaat in Westafrika und grenzt mit einer Fläche von insgesamt 274.200 Quadratkilometern im Norden und Westen an Mali, im Osten an Niger, im Südosten an Benin und Togo, im Süden an Ghana und im Südwesten an Côte d'Ivoire. Mit Anteilen an der südlich der Sahara gelegenen Großlandschaft Sudan und der Sahelzone ist Burkina Faso vorwiegend flach und von Savannenlandschaften geprägt. Es gehört zu den ärmsten Ländern der Welt.

Politische Situation in der Region

Die westafrikanische Region, in der Burkina Faso liegt, ist politisch äußerst angespannt und von innerstaatlichen sowie grenzüberschreitenden Konflikten geprägt. Laut dem [Fragile States Index](#) von 2023 sind Burkina Faso und seine Nachbarländer allesamt von politischer Instabilität und systemischer Fragilität betroffen.

Burkina Fasos Nachbarland Togo blickt auf eine lange Geschichte autoritärer Herrschaft zurück. Auch wenn mittlerweile demokratische Wahlen durchgeführt werden, wird der Küstenstaat seit 1967 de facto von der Gnassingbé-Familie regiert. In der Vergangenheit gab es etliche Demonstrationen, die von den regimetreuen Sicherheitskräften oft brutal niedergeschlagen wurden und in deren Folge bisweilen hunderte Menschen starben oder verletzt wurden.

Das benachbarte Côte d'Ivoire ringt nach Jahren interner Konflikte und gewaltsamer Auseinandersetzungen mit politischer Instabilität. Bei den Wahlen 2010 erklärten sich sowohl Laurent Gbagbo als auch Alassane Ouattara zum Sieger; mit Unterstützung französischer Truppen wurde Gbagbo im Frühjahr 2011 festgenommen und vor den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gestellt. Durch die ivorische Gesellschaft geht ein tiefer Riss. So kam es seit der Machtübernahme durch den international als Wahlsieger anerkannten Ouattara immer wieder zu bewaffneten Übergriffen durch Pro-Gbagbo-Milizen. 2019 wurde Gbagbo, der nach dem Vorwurf der Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf unschuldig plädiert hatte, aus Mangel an Beweisen freigesprochen und freigelassen. Bei den Wahlen im Oktober 2020 wurde Ouattara im Amt bestätigt. Die Wahlen waren hinsichtlich Ouattaras Kandidatur für eine dritte Amtszeit umstritten – die Verfassung erlaubt lediglich zwei Amtszeiten – und wurden vom Großteil der Opposition boykottiert.

Einer der größten Krisenherde in der Region befindet sich in Mali. Seit dem Militärputsch und dem Sturz des Staatspräsidenten im Jahr 2012, infolgedessen es zur bewaffneten Rebellion durch die Tuareg und zur Eroberung der wichtigsten Städte im Norden des Landes durch fundamentalistische Islamist:innen kam, ist das Land von Instabilität geprägt. Nach wie vor sind dschihadistische bewaffnete Gruppen im Land präsent, die Konflikte zwischen Volksgruppen ausnutzen. Die Gewalt eskaliert regelmäßig. Nach Massendemonstrationen gegen die Regierung kam es im August 2020 erneut zum Militärputsch in Mali. Das Militär nahm zwischenzeitlich unter anderem Präsident Ibrahim Boubacar Keïta fest. Seither verhandelten die Junta, die Opposition und die internationale Gemeinschaft. ECOWAS (Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft) verurteilte den Putsch scharf. Anfang September verkündete der

Junta-Anführer Assimi Goita die Ergebnisse der Verhandlungen: 18 Monate lang soll eine Übergangsregierung das Land führen und eine Charta für ein demokratisches und laizistisches Mali soll ausgearbeitet werden. Zum Präsidenten ernannte die Junta den Luftwaffenoffizier Bah Ndaw. Als der Prozess jedoch zu entgleiten drohte, kam es im Mai 2021 erneut zu einem Putsch – die Situation ist weiterhin extrem instabil. Ob die angekündigten Neuwahlen bis zum Jahr 2024 stattfinden werden und unter welchen Bedingungen dies ggf. geschieht, bleibt abzuwarten. Die Wahl wurde Ende 2023 zumindest auf unbestimmte Zeit verschoben.

Auch im Nachbarland Niger ist die Sicherheitslage bedenklich: Am 26. Juli 2023 putschte das Militär in Niger und stürzte Präsident Mohamed Bazoum. Die ECOWAS hat wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen erhoben und damit gedroht, militärisch zu intervenieren, sollten Verhandlungen über eine Wiedereinsetzung Bazoums ins Leere laufen. Burkina Faso hat, gemeinsam mit Mali, im Gegenzug einen Verteidigungspakt mit Niger geschlossen, der jegliche „externe Aggression“ abwehren soll. Hinzukommt, dass sich die Regierung des mit regionalen Fluchtbewegungen konfrontierten Wüstenstaats – Niger ist ein zentrales Transitland für die westafrikanische Migration – im bewaffneten Konflikt mit grenzüberschreitend aktiven, gewaltbereiten Gruppen befindet. Die südöstlich gelegene Tschadseeregion gilt als Rückzugsort für Kämpfer:innen der dschihadistischen Miliz Boko Haram und anderer islamistischer Gruppen mit Verbindungen zum Islamischen Staat. Aus Libyen überqueren zahlreiche gewaltbereite Islamist:innen die Grenze im Nordosten, wo sie sich auf nigrischem Territorium ansiedeln. Westliche Gebiete haben sich zum neuen Hotspot für dschihadistische Gruppen aus Mali etabliert.

Die Gefahr bewaffneter Übergriffe durch dschihadistisch motivierte Gruppen stellt die gesamte Region vor erhebliche sicherheitspolitische Herausforderungen. Während sich die burkinischen, malischen sowie nigrischen Streit- und Sicherheitskräfte bereits in zahlreichen militärischen Auseinandersetzungen mit bewaffneten Gruppen befinden, fürchten die Nachbarstaaten Burkina Fasos am Golf von Guinea – Togo, Benin, Ghana und Côte d’Ivoire – dass die Gewalt über die gemeinsamen Grenzen „überschwappt“. Mittlerweile sind dschihadistische Gruppen auch in den Norden Côte d’Ivoires eingedrungen.

Im Rahmen der UN-Friedensmission MINUSMA hatte Burkina Faso zuletzt rund 653 Soldat:innen nach Mali entsandt. Die Nachbarstaaten Burkina Fasos hatten allesamt ebenfalls Polizist:innen und Soldat:innen innerhalb der MINUSMA eingesetzt. Speziell der militärischen Bekämpfung der dschihadistischen Miliz Boko Haram in der Tschadseeregion widmet sich die Multinational Joint Task Force (MNJTF) against Boko Haram mit einer Truppenstärke von circa 10.000 Soldat:innen. An der MNJTF sind unter anderem Burkina Fasos Nachbarn Niger und Benin beteiligt. Sie steht unter politischer Führung der Tschadseebecken-Kommission und ist vom Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union mandatiert. Der „Anti-Terror-Kampf“ gegen islamistische Gruppen wie AQIM oder Abspaltungen des Islamischen Staates sind auch Ziel der am 2. Juli 2017 gegründeten und vom UN-Sicherheitsrat und dem Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union gebilligten G5 Sahel Joint Force. An ihr beteiligen sich derzeit nur noch Mauretanien und Tschad nachdem sich Mali, Burkina Faso und Niger bis Ende 2023 zurückzogen. Die MINUSMA wurde Ende 2023 eingestellt, die Auflösung der G5 Sahel Joint Force gilt als wahrscheinlich. Während Tschad und Mauretanien weiterhin im Kampf gegen Terrorismus kooperieren möchten schlossen Mali, Niger und Burkina Faso, bzw. ihre Militärregierungen, eine gemeinsame Verteidigungs- und Anti-Terrorismusallianz, die L’Alliance des États du Sahel (AES).

Die erste militärische Operation im November 2017 führten burkinische, nigrische und malische Soldat:innen durch. Dabei kooperierte die G5 Sahel Joint Force mit Frankreich, das in

der Region für seine Operation Barkhane Soldat:innen zur Bekämpfung von militantem, islamistischem Extremismus stationiert hatte. Im Zuge der regionalen militärischen „Anti-Terror-Maßnahmen“ sind zahlreiche Fälle von Menschenrechtsverstößen dokumentiert. Human Rights Watch gibt an, dass die Menschen in der Region aktuell nicht nur Angriffe bewaffneter Extremist:innen fürchten, sondern auch den Einsatz von Sicherheits- und Streitkräften. Im Rahmen von Untersuchungen der UN-Mission MINUSMA wurde beispielsweise nachgewiesen, dass malische Soldat:innen der G5 Sahel Joint Force im Mai 2018 12 Zivilist:innen auf dem Viehmarkt von Boulikessi töteten. Expert:innen wiesen bei Briefings des UN-Sicherheitsrates bereits 2017 darauf hin, dass die MNJTF bei militärischen Operationen teilweise gegen internationales humanitäres Recht verstieße, und mahnten ein Rahmenkonzept an, das die Einhaltung von Menschenrechten durch die Eingreiftruppen sicherstellen sollte.

Grenzkonflikte

Von 1974 bis 1975 ereigneten sich erstmals gewaltvolle Auseinandersetzungen mit dem Nachbarland Mali, die auf jahrzehntelange Streitigkeiten um vier Dörfer in dem Wüstenstreifen Agacher zurückgingen. In dem Gebiet wurden Bodenschätze, darunter Erdgas und Uran, vermutet. Nach der Grenzziehung der französischen Kolonialzeit gehörte das Gebiet zu Burkina Faso. Mali wollte die Grenze jedoch militärisch revidieren. In der Auseinandersetzung zwischen 1974 und 1975 kam es zu Schusswechseln in dem betroffenen Gebiet. Daraufhin wurde eine Schlichtungskommission aus Vertreter:innen von Togo, Niger, Guinea und Senegal eingesetzt, die jedoch ergebnislos blieb. 1985 kam es anlässlich einer Volkszählung in einer Siedlung, die Mali als sein Territorium auffasste, abermals zu bewaffneten Auseinandersetzungen, bei denen auch zahlreiche Zivilist:innen starben. Erst am 30. Dezember 1985 wurde unter Mitwirken von Senegal, Mauretanien, Niger, Togo und Côte d'Ivoire ein Waffenstillstand zwischen den beiden Konfliktparteien erreicht. Nach Anrufung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag erklärten sich die Regierungen Malis und Burkina Fasos Anfang 1986 bereit, ihre Truppen zurückzuziehen. Ende 1986 nahmen beide Länder das Urteil des Gerichtshofes an, demzufolge Burkina Faso das „Drei-Flüsse-Gebiet“ im südlichen Teil des umstrittenen Agacher-Streifens zugesprochen bekam und Mali das nördliche Gebiet um die „vier Dörfer“.

Am 20. Juli 2010 meldete Burkina Faso gemeinsam mit Niger dem Internationalen Gerichtshof einen Grenzkonflikt. Hierbei ging es um die Grenzziehung zwischen dem astronomischen Marker Tong-Tong und dem Botou-Bogen, die seit 1927, als beide Staaten noch unter französischer Kolonialherrschaft standen, umstritten ist. 2013 definierte der Gerichtshof in seinem Urteil die betreffende Grenze neu. Burkina Faso wurde ein Gebiet von 786 Quadratkilometern zugesprochen und Niger eines von 277 Quadratkilometern. Der Grenzkonflikt wurde damit beigelegt.

Eine Territorialstreitigkeit zwischen Burkina Faso und Benin gab es um ein Gebiet um das Dorf Koualou, das 68 Quadratkilometer umfasst und sich in der Nähe des Dreiländerecks mit Togo befindet. Laut einem Abkommen aus Zeiten der französischen Kolonialherrschaft gehört das Dorf Koualou zu Burkina Faso, Benin verweist jedoch auf ein Dokument, mit dem ein kolonialer Administrator 1938 das umstrittene Gebiet Benin zugesprochen hatte. Nachdem Anfang der 2000er Jahre die Spannungen gestiegen waren, unterzeichneten beide Konfliktparteien 2009 ein Abkommen, das das Gebiet um Koualou zu einer neutralen Zone erklärte.

Regionale Rüstungskontrolle

Burkina Faso ist der gesetzlich bindenden ECOWAS Convention on Small Arms and Light Weapons, their Ammunition and other Related Materials beigetreten. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft hat das Abkommen 2006 verabschiedet; in Kraft trat es 2009. Es sieht vor, die regionale Kooperation und den Informationsaustausch sowie die Transparenz zu erhöhen. Die ECOWAS-Mitgliedsstaaten haben sich mit der Konvention zudem darauf verständigt, die Herstellung, die (unkontrollierte) Proliferation und den Besitz von Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) zu reglementieren und gegebenenfalls zu verbieten. Zusätzlich sieht das Abkommen strikte Kontrollen hinsichtlich der Herstellung, des Besitzes, des Transfers und der Sicherheit von SALW vor.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Bis August 2022 hatte Frankreich für seine Operation Barkhane Soldat:innen, Spezialeinheiten und militärisches Gerät, wie Flugzeuge, Helikopter und Panzer in Burkina Faso und angrenzenden Ländern stationiert. Die Mission zielte auf eine Bekämpfung von Terrorismus in der Sahelregion ab. Ihr Hauptquartier befand sich seit Ende 2014 in der tschadischen Hauptstadt N'Djamena. Im Tschad waren im Zuge der Mission zuletzt 1.500 französische Soldat:innen sowie Flugzeuge und Drohnen stationiert. Daneben befanden sich mit 600 Soldat:innen in Niger, 2.500 Soldat:innen in Mali und weitere 4.000 französische Streitkräfte in Burkina Faso selbst. Für die Operation Barkhane erhielt Frankreich auch internationale Unterstützung: Deutschland stellte in Niger zwei Transportflugzeuge bereit, Estland hatte zu diesem Zweck 50 Soldat:innen nach Mali entsandt, das Vereinigte Königreich hatte dort 90 Soldat:innen sowie Hubschrauber stationiert. Wie viele französische Soldat:innen der Operation Barkhane in andere Missionen und Länder der Region verlegt werden ist derzeit unklar – das Engagement in den Sahelländern soll aber fortgeführt werden, bspw. mit der Task Force Takuba.

Die meisten alliierten Streitkräfte in der Region befanden sich zuletzt in Mali: Für die UN-Friedensmission MINUSMA waren dort hunderte Soldat:innen aus Deutschland, Belgien, Kanada, Tschechien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Litauen, Niederlande, Norwegen, Portugal, Rumänien, den USA und dem Vereinigten Königreich stationiert. Für die European Union Training Mission Mali (EUTM Mali) waren insgesamt nochmal hunderte Soldat:innen aus Deutschland, Albanien, Belgien, Bulgarien, Tschechien, Estland, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Montenegro, Niederlande, Portugal, Rumänien, Slowenien und Spanien im Einsatz.

Derzeit (Stand: Oktober 2024) scheint nur Italien im Rahmen seiner Bilateral Support Mission in the Republic of Niger (MISIN) Soldat:innen in Niger stationiert zu haben. Mittels Ausbildung und Training der nigrischen Sicherheitskräfte durch die stationierte Truppe zielt MISIN ebenfalls auf Terrorismusbekämpfung und die Bekämpfung organisierter Kriminalität in der Region ab. In Côte d'Ivoire hat Frankreich zurzeit 900 Soldat:innen sowie ein Infanteriebataillon und drei Hubschrauber stationiert. In Nigeria sind aktuell 80 britische Soldat:innen zu Ausbildungszwecken präsent.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	http://treaties.un.org

Kommentar

Burkina Faso ist den wesentlichen internationalen Abkommen zur Terrorismusbekämpfung beigetreten, hat jedoch die Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, die es am 21. September 2005 unterschrieb, bisher nicht ratifiziert. Gleichzeitig sieht sich das Land, wie die gesamte Sahelregion, in steigendem Ausmaß mit grenzüberschreitendem, militantem Extremismus konfrontiert. Seit 2015/2016 verüben die drei dschihadistischen Milizen Ansarul Islam, JNIM und ISWAP immer wieder Anschläge auf Sicherheitskräfte und Angehörige des Militärs sowie auf Zivilist:innen und lokale Politiker:innen. Hotspots waren zunächst nördliche Regionen an der Grenze zu Mali. Die geringe Präsenz der Streit- und Sicherheitskräfte im Osten des Landes trug jedoch auch zu einer Verbreitung der besagten Gruppen in dieser Region bei. Die Milizen sind mittlerweile zudem in Grenzregionen zu Benin und Côte d'Ivoire aktiv. Auch in Ouagadougou ereigneten sich 2017 und 2018 dschihadistisch motivierte Angriffe. Staatliche Bemühungen gegen terroristische Aktivitäten werden maßgeblich von internen Faktoren beeinträchtigt: So hat der Aufstand, der Compaorés Regime Ende 2014 beendete, nicht nur gesellschaftlichen Unmut ans Tageslicht gebracht, sondern auch den Sicherheitsapparat weiter geschwächt. Gleichzeitig hat die Entstehung und Verbreitung von Selbstverteidigungsmilizen, wie die der Koglwéogo, eine Erosion des staatlichen Gewaltmonopols vorangetrieben. Dschihadistische Gruppen profitieren außerdem maßgeblich von interethnischen Auseinandersetzungen. Die Sicherheitslage Burkina Fasos verschlechterte sich somit trotz des von der Regierung forcierten „Anti-Terror-Kampfes“: Im Jahr 2019 verzeichnete Burkina Faso im Vergleich zu den anderen Ländern in der Sahelregion die meisten Angriffe durch dschihadistische Gruppen.

Seit den jüngeren Militärputschen in den angrenzenden Staaten spitzt sich die Lage weiter zu. Zumindest sicherheitspolitische Kooperationen mit westlichen Ländern wurden seither weitestgehend eingestellt, stattdessen wird zunehmend die Hilfe Russlands in Anspruch genommen.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Burkina Faso ist den wichtigsten internationalen Konventionen in der Kriminalitätsbekämpfung beigetreten, es ist jedoch Zentrum für verschiedene Formen der organisierten Kriminalität. Schleuser:innenbanden für Migrant:innen sind aktiv. Insbesondere Kinder und Frauen werden Opfer von Menschenhändler:innen. Transnationale Verbrechernetzwerke profitieren hierbei von den porösen Landesgrenzen und der mitunter schwachen staatlichen Präsenz in zahlreichen Provinzen. Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Konfliktes der Regierung mit bewaffneten Extremist:innen im Land mehren sich außerdem Berichte, denen zufolge diese bewaffneten Gruppen Handel mit Kindern und Frauen, darunter Binnenvertriebene, betreiben. Laut Aussagen der Regierung rekrutieren diese Gruppen auch Kindersoldat:innen. Als Ursprungs- und Transitland steigerte Burkina Faso zwar seine Bemühungen zur Bekämpfung von Menschenhandel, etwa durch Abkommen mit den Nachbarstaaten Côte d'Ivoire, Togo und Benin im Jahr 2019. Es erfüllt jedoch nach wie vor nicht die Mindeststandards zur Beseitigung des Menschenhandels. Trotz gezielter Trainings von Sicherheitskräften und mehrerer nationaler Strategiepläne zur Prävention bleibt die strafrechtliche Verfolgung von Menschenhandel mangelhaft.

Die porösen Grenzen ermöglichen zudem, dass sich Drogenhandel und -schmuggel transnational etabliert haben. UNOWAS (United Nations Office for West Africa and the Sahel) zufolge sind zunehmende Aktivitäten von Drogenkartellen im westafrikanischen Raum und der Sahelregion Anlass zu großer Sorge. Die Sahara wird als Schmuggelroute für Betäubungsmittel, besonders für Kokain und Cannabis, genutzt. Als Reaktion hierauf hat ECOWAS 2015 gemeinsam mit UNODC (United Nations Office on Drugs and Crime) den „Action Plan on Illicit Drug Trafficking, related organized crime and drug abuse in West Africa“ ins Leben gerufen. Im Zuge dessen hat Burkina Faso beispielsweise gemeinsam mit Mali und Côte d'Ivoire Trainings und gemeinsame Operationen zur Bekämpfung des Drogenschmuggels in Grenzgebieten durchgeführt.

Burkina Faso engagiert sich zudem in internationalen sowie regionalen Mechanismen zur Bekämpfung von illegalem Handel und Schmuggel von Waffen und Munition im westafrikanischen Raum. Beispielsweise wirkte es in Zusammenarbeit mit Interpol und UNODC an der Operation Trigger III mit, im Rahmen derer acht afrikanische Staaten gemeinsam unter anderem Waffenkonfiszierungen im großen Stil durchführten. Auch die G5 Sahel Joint Force beschäftigte sich neben der Terrorismusbekämpfung mit der Bekämpfung organisierter Kriminalität. Illegaler Waffenhandel und -schmuggel bleiben jedoch eine große Herausforderung für Burkina Faso. Einem Bericht des Small Arms Survey zufolge werden Waffen und Munition unter anderem zwischen Burkina Faso, Benin, Côte d'Ivoire, Mali und Ghana geschmuggelt. Außerdem erreichen Burkina Faso Waffen und Munition aus Niger, die ursprünglich aus Libyen stammen.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Burkina Faso hat gegenüber dem Waffenregister der Vereinten Nationen das letzte Mal im Jahr 2006 Bericht erstattet. Danach standen dem Waffenregister nur sporadisch Informationen zu Exporten und Importen des Landes mittels der Berichte von Handelspartnern zur Verfügung. Nur 2021 hat es seither nochmals gegenüber dem Waffenregister Bericht erstattet. Seine Militärausgaben hat das Land zuletzt im Jahr 2014 an die UN übermittelt.

Im Rahmen des Arms Trade Treaty, dem es im Juni 2013 beigetreten ist, hat Burkina Faso letztmalig im Jahr 2019 einen Bericht zu Waffentransfers eingereicht. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons reichte das Land bisher aber regelmäßig – zuletzt im Jahr 2024 – Berichte ein.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Laut einem gemeinsamen Bericht des United Nations Regional Centre for Peace and Disarmament in Africa (UNREC), der Group for Research and Information on Peace and Security (GRIP) und des Small Arms Survey (SAS) aus dem Jahr 2016 war Burkina Faso in Verstöße gegen das von 2004 bis 2016 geltende UN-Waffenembargo gegenüber Côte d'Ivoire involviert. Amnesty International zufolge hat Burkina Faso während der Gültigkeit des Embargos

die ivorischen Sicherheitskräfte nachweislich mit Munition vom Typ 7,62 x 39 mm ausgestattet, die Rumänien zwischen 2005 und 2008 nach Burkina Faso exportiert hatte. Ivorische Sicherheitskräfte waren für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Zuvor hat Burkina Faso laut UNREC, GRIP und SAS gegen Embargos der UN verstoßen, als es Waffen und Munition an die National Union for the Total Independence of Angola (UNITA), an die Revolutionary United Front (RUF) in Sierra Leone sowie nach Liberia verkauft und geliefert hat. Human Rights Watch beschreibt, dass Burkina Faso die Embargos gegenüber Liberia und Sierra Leone beispielsweise verletzte, als es im März 1999 rund 68 Tonnen an ukrainischen Rüstungsgütern nach Liberia lieferte, die von dort weiter an die RUF transportiert wurden. Laut Endverbleibserklärung, gegen die Burkina Faso damit verstoßen hatte, umfasste die Lieferung 3.000 Sturmgewehre, 50 Maschinengewehre, 25 Panzerabwehrwaffen, fünf Boden-Luft-Raketen, fünf Panzerabwehrlenk Waffen sowie Munition für diese Waffen. Der Bericht einer UN-Expert:innengruppe aus dem Jahr 2000, die für die Untersuchung von Verletzungen des zwischen 1993 und 2002 gültigen Embargos gegenüber der UNITA in Angola zuständig war, hebt hervor, dass Burkina Faso während des Embargos für die Ausstattung der UNITA eine wesentliche Rolle spielte.

Allgemein ist illegaler Waffenhandel in Burkina Faso weit verbreitet. Die sich stetig verschlechternde Sicherheitssituation in der gesamten Sahelregion sowie die Krisen in Libyen, Mali und Côte d'Ivoire, führten zu einem drastischen Anstieg des illegalen Handels mit Waffen und Munition in der gesamten Region, sodass Burkina Faso einerseits zentrales Transit- und Zielland für illegale Rüstungsgüter wurde. Andererseits ist Burkina Faso auch Ursprungsland für illegalen Waffenhandel. Waffen und Munition werden beispielsweise aus Libyen über Niger ins Land geschmuggelt und landen schließlich in Mali. Einem Bericht des Small Arms Survey zufolge werden Waffen und Munition auch zwischen Burkina Faso und Benin geschmuggelt. Die aktuell bekanntesten Routen verlaufen in den Grenzregionen um die Dreiländerecke Burkina Faso-Côte d'Ivoire-Mali und Burkina Faso-Côte d'Ivoire-Ghana. Waffen und Munition, die aus Burkina Faso stammen oder durch das Land geschmuggelt werden, werden zusätzlich in weiteren Ländern West- und Subsaharaafrikas illegal gehandelt. Oftmals werden Waffen und Munition auch an bewaffnete Gruppen verkauft. Durch Plünderungen, bewaffnete Überfälle oder aber das Entwenden durch korrupte Militärs oder Sicherheitskräfte verschwinden Waffen aus staatlichen Arsenalen – in Burkina Faso wie in der gesamten Sahelregion. So profitierten illegale Waffenhändler:innen beispielweise von der Militär- und Polizeimeuterei 2011 in Burkina Faso. Große Mengen an Waffen und Munition wurden damals aus nationalen Lagern entwendet und weitergehandelt. Laut dem Bericht von UNREC, GRIP und SAS sind grenzüberschreitende Schmuggelrouten per Landweg den Behörden grundsätzlich bekannt, jedoch schwer zu kontrollieren. Gegenüber UNODC (United Nations Office on Drugs and Crime) hat Burkina Faso im Jahr 2015 angegeben, dass 2011 174 illegale Schusswaffen, 2012 852 illegale Schusswaffen und 2013 1.231 illegale Schusswaffen von der nationalen Polizei konfisziert worden seien. Die britische Organisation Conflict Armament Research (CAR) hat zwischen 2014 und 2017 zudem 158 illegale Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) in Burkina Faso dokumentiert.

Zur unerlaubten Weiterverbreitung von Waffen und Munition tragen insbesondere auch die ineffektiven Strukturen zur Endverbleibskontrolle in der Region bei. Zwar gehört Burkina Faso zu den ECOWAS-Mitgliedsstaaten, die ein eigenes Endverbleibskontrollsystem eingeführt haben; problematisch ist jedoch, dass dieses stark dezentralisiert ist. Die Folge ist, dass nationale Akteure im Bereich Sicherheit und Verteidigung die Endverbleibsdokumentation unterschiedlich durchführen, ohne eine zentrale Stelle für die konkrete Anwendung der ECOWAS Convention on Small Arms and Light Weapons, their Ammunition and other Related

Materials. Gerade in Hinblick auf die grenzüberschreitende Natur der Weiterverbreitung von Waffen in der Sahelregion ist eine Stärkung von Kooperation und Dialog auf subregionaler Ebene dringend notwendig – unter den aktuellen Militärjuntas allerdings unwahrscheinlich.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 9

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

In contrast, the economy has shown surprising resilience. Growth has reportedly recovered to around 5%. The country's effective management of the COVID-19 pandemic, surpassing expectations in terms of containment, has contributed to this economic recovery. However, pervasive poverty and social exclusion persist, with Burkina Faso ranked at the bottom of the international human development pyramid (184th out of 191 countries).

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/BFA>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

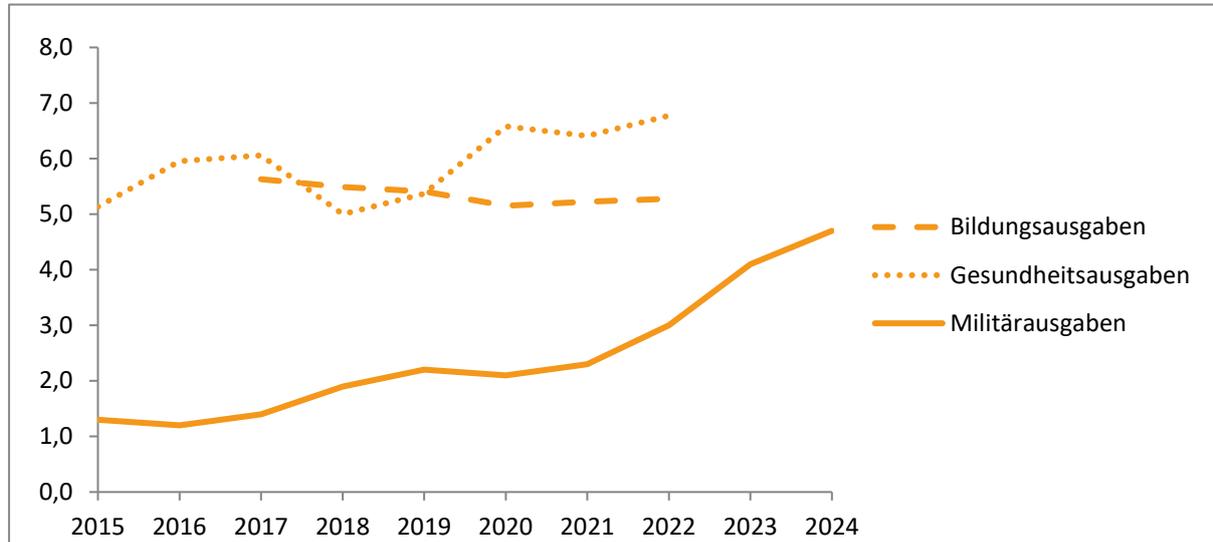
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	433	483	583	827	1002
Militärausgaben/BIP	2,1	2,3	3,0	4,1	4,7
Gesundheitsausgaben/BIP	6,6	6,4	6,8	-	-
Bildungsausgaben/BIP	5,2	5,2	5,3	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	9159	9761	10296	9851	10397
Anteil am BIP (in Prozent)	57,1	55,1	52,3	52,3	51,2
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	-	-	-	-	-
Net ODA (% of GNI)*	3,54	4,2	4,23	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	80,67	93,51	65,47	66,27	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2019	2020	2021	2022	2023
Militarisierungswert	85,6	82,6	88,9	100,5	113,3
Index-Platzierung	97	103	91	76	63

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2019	2020	2021	2022	2023
Benin	Militarisierungswert	59,2	58,4	61,3	69,6	74
	Index-Platzierung	130	134	129	113	106
Côte d'Ivoire	Militarisierungswert	59,4	60,3	59	63,5	63,2
	Index-Platzierung	129	128	133	123	125
Ghana	Militarisierungswert	41,3	39,4	42	40,2	44,1
	Index-Platzierung	144	144	145	143	141
Mali	Militarisierungswert	102,6	118,4	125,7	122,2	135,6
	Index-Platzierung	72	56	53	50	43
Niger	Militarisierungswert	79,7	80,8	76,4	102	115,5
	Index-Platzierung	106	104	108	73	59
Togo	Militarisierungswert	114	107,2	123	157,3	143,3
	Index-Platzierung	63	73	54	23	31

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2024.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2020	2021	2022	2023	2024
Benin	Militärausgaben (absolut)	72	93	116	149	151

		2020	2021	2022	2023	2024
Côte d'Ivoire	Militärausgaben/BIP	0,5	0,6	0,6	0,8	0,7
	Militärausgaben (absolut)	659	641	652	682	634
Ghana	Militärausgaben/BIP	1,0	0,9	0,9	0,9	0,8
	Militärausgaben (absolut)	235	275	244	285	279
Mali	Militärausgaben/BIP	0,4	0,4	0,3	0,4	0,4
	Militärausgaben (absolut)	655	668	611	785	906
Niger	Militärausgaben/BIP	3,4	3,4	3,1	3,8	4,2
	Militärausgaben (absolut)	254	200	259	332	404
Togo	Militärausgaben/BIP	1,7	1,4	1,6	2,0	2,2
	Militärausgaben (absolut)	184	206	364	276	190
	Militärausgaben/BIP	2,2	2,4	4,1	3,0	2,0

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,453	0,453	0,454	0,457	0,459

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports \(undp.org\)](#)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Zusammenfassung:

Burkina Faso gehört mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 850 US-Dollar zu den Ländern mit einem niedrigen Einkommen („low income economies“). Es zählt zu den HIPC (Heavily Indebted Poor Countries) und belegte mit 43,4/100 Punkten Platz 130/141 auf dem Global Competitiveness Index 2019. Seit 1971 gehört Burkina Faso zu der von den UN geführten Liste der „Least Developed Countries“ (LDC). Dem Human Development Index 2022 zufolge verfügt es laut HDI-Kategorien über eine „niedrige menschliche Entwicklung“. Während Bildungs- und Gesundheitssektor vor erheblichen Herausforderungen stehen, steigen die Militärausgaben. Die Gefahr, dass in Burkina Faso unverhältnismäßige militärische Ausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen, ist gegeben.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 850 US-Dollar zählt Burkina Faso der Weltbank zufolge zu den Ländern mit einem niedrigen Einkommen („low income economies“). Außerdem zählt Burkina Faso zu den HIPC (Heavily Indebted Poor Countries) und die Auslandsverschuldung gemessen am BIP betrug 2022 55,2 Prozent. Aktuell schuldet Burkina Faso dem Internationalen Währungsfonds (IWF) rund 298 Mio. US-Dollar; es hat in jüngerer Zeit knapp fünf Mio. US-Dollar zurückgezahlt. Auf dem Global Competitiveness Index 2019 erzielte Burkina Faso 43,4 von 100 möglichen Punkten. Damit gehört es zu den Letztplatzierten (Rang 130 von 141). Auf demselben Ranking belegte Deutschland 2019 Platz 7. Seit 1971 wird Burkina Faso von den UN als LDC (least developed country) geführt. 2021 betrug der Anteil der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) am Bruttonationaleinkommen (BNE) 8,5 Prozent.

Burkina Fasos Wirtschaft konnte im letzten Jahrzehnt grundsätzlich ein solides Wachstum des BIP verzeichnen, auch wenn die Wachstumsraten stark schwankten. 2023 lag es bei rund 3 Prozent. Landwirtschaft und Bergbau sind in Burkina Faso die wichtigsten Wirtschaftssektoren. Der Anteil von Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei am BIP ist mit 16,3 Prozent (2023) sehr hoch. Der Anteil verringerte sich seit 2010 (24,1 Prozent) damit aber stark. Von den burkinischen Beschäftigten arbeiteten 2021 73 Prozent in der Landwirtschaft, während in der Industrie lediglich 7 Prozent aller Erwerbstätigen arbeiteten und im Dienstleistungssektor 20 Prozent. Anzumerken ist, dass besonders die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung von den Folgen des Klimawandels stark betroffen ist.

Soziale Entwicklung

Burkina Faso gehört zu den ärmsten Ländern weltweit und rangiert im Human Development Index (HDI) mit einem Wert von 0,438 auf Platz 185 von 193 Staaten, was in den HDI-Kategorien einer „niedrigen menschlichen Entwicklung“ entspricht. Damit erzielt Burkina Faso ähnliche Werte und weist einen ähnlichen Entwicklungsstand auf wie die Nachbarländer Benin (Rang 173), Mali (Rang 188), Niger (Rang 189) und Togo (Rang 163). Lediglich die Nachbarn Côte d'Ivoire (Rang 166) und Ghana (Rang 145) weisen eine „mittlere menschliche Entwicklung“ auf. Zum Vergleich: Deutschland liegt 2022 auf dem siebten Platz. Dem Gender Development Index zufolge gehört Burkina Faso mit einem Wert von 0,881 im Jahr 2022 zu der Gruppe der Länder mit niedriger Gleichheit in den Ergebnissen auf dem HDI zwischen den Geschlechtern.

Die Arbeitslosigkeit in Burkina Faso lag 2023 bei 5,3 Prozent; die Jugendarbeitslosigkeit bei 8,0 Prozent. Der Weltbank zufolge lebten in Burkina Faso 2021 22 Prozent mit maximal 3,65 US-Dollar am Tag in Armut; 25,3 Prozent sogar mit maximal 2,15 US-Dollar am Tag in extremer Armut. Burkina Faso steht dem [Sustainable Development Report](#) zufolge hinsichtlich der Erreichung von 12 der 17 Sustainable Development Goals (SDG) vor erheblichen Herausforderungen. So auch hinsichtlich SDG 1 („no poverty“), wo der Score derzeit stagniert. Ähnlich sieht es bezüglich SDG 2 („zero hunger“) aus; hier sind bspw. Verschlechterungen auf dem Indikator zu Unterernährung zu verzeichnen. Es fehlt in vielen Bereichen an grundlegender Infrastruktur, sodass etwa der Zugang zu Wasser, Elektrizität, Bildung und Gesundheitsversorgung grundsätzlich mangelhaft ist. Von den aktuell 23,25 Mio. Einwohner:innen leben circa 70 Prozent in ländlichen Regionen. Auch hinsichtlich der Erzielung von SDG 3 („good health and well-being“) – hier stagniert der Score – und SDG 6 („clean water and sanitation“) – hier verschlechtert sich der Score noch – steht Burkina Faso ergo vor erheblichen Herausforderungen. Ungleichheit und soziale Exklusion sind in Burkina Faso weit verbreitet. Im Gender Inequality Index des UNDP (United Nations Development Programme) belegt Burkina

Faso im Jahr 2021 Rang 157 von 170 erfassten Staaten. Es deutete sich an, dass die Ungleichheit und die Kluft zwischen Arm und Reich weiter wächst. Auf dem Gini-Index, der die Ungleichheit in einem Land misst, erzielte Burkina Faso 2014 einen Gini-Koeffizienten von 35,3 – 2018 lag dieser hingegen bereits bei 43. Da der Wert im Jahr 2021 jedoch wieder mit 37,4 Prozent angegeben wird, ist unklar, wie sich die langfristige Entwicklung der Verteilungsgerechtigkeit ausgestaltet. Dem Sustainable Development Report zufolge steht Burkina Faso hinsichtlich SDG 10 („reduced inequalities“) aktuell aber vor erheblichen Herausforderungen.

Mit einer Geburtenrate von durchschnittlich 4,7 Geburten pro Frau verzeichnet Burkina Faso ein Bevölkerungswachstum von 2,5 Prozent pro Jahr (Wert: 2023). Zwar sinkt die Geburtenrate seit 1983 kontinuierlich, sie ist im weltweiten Vergleich jedoch nach wie vor hoch und liegt über dem Durchschnitt in Subsaharaafrika. Zu den größten Herausforderungen gehört aktuell die humanitäre Krise im Land. Seit 2019 hat sich die humanitäre Situation, vor allem durch die stark gestiegene Anzahl von Angriffen bewaffneter Gruppen, in Burkina Faso drastisch verschlechtert: So ist die Zahl der Binnenvertriebenen laut UNHCR von 82.000 im Januar 2019 auf 560.000 im Dezember 2019 angestiegen. Im August 2021 lag sie bereits bei über 1,4 Millionen Binnenvertriebenen, von denen etliche keinen Zugang zu Schutz und grundlegenden sozialen Dienstleistungen haben; Ende März 2023 waren schließlich mehr als 2 Mio. Menschen in Burkina Faso binnenvertrieben. Viele von ihnen waren gezwungen, gleich mehrfach innerhalb des Landes zu fliehen. Rund 60 Prozent der Binnenvertriebenen sind unter 18 Jahre alt. 75 Prozent der Vertriebenen mangelt es an angemessener Unterkunft. Dem UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) zufolge waren im August 2020 2,9 Mio. Menschen in Burkina Faso auf humanitäre Unterstützung angewiesen. 3,3 Mio. Menschen leiden aktuell unter unzureichender Nahrungsmittelversorgung.

Trotz staatlicher Investitionen in den Bildungssektor bleibt das Bildungsniveau in Burkina Faso niedrig. Die Bildungsausgaben Burkinas betragen im letzten Jahrzehnt durchschnittlich 4,9 Prozent/BIP; 2022 lagen sie bei 5,3 Prozent/BIP. Burkina Faso hinkt im internationalen Vergleich hinsichtlich Alphabetisierungs- sowie Einschulungsrate hinterher. Der Zugang zu Bildung variiert stark je nach Provinz sowie zwischen ländlichen und urbanen Gebieten. Die durchschnittliche Alphabetisierungsrate der Bevölkerung ab 15 Jahren liegt aktuell bei 34 Prozent (Stand: 2022), unter 15- bis 24-Jährigen bei 54 Prozent. Der mangelhafte Bildungssektor wird in jüngster Zeit zusätzlich durch die sich verschlechternde Sicherheitslage im Land beeinträchtigt. Seit 2015 wurden mehr als 2.500 Schulen geschlossen und dadurch mindestens 350.000 Schüler:innen der Zugang zu Bildung verwehrt. Burkinas Gesundheitsausgaben am BIP beliefen sich in den letzten zehn Jahren auf durchschnittlich 5,6 Prozent; 2021 betragen sie 6,4 Prozent/BIP. Aber auch der Gesundheitssektor in Burkina Faso weist große Mängel auf. Übertragbare Krankheiten stellen nach wie vor die primäre Mortalitätsursache dar. Malaria ist hierbei die häufigste Todesursache für Kinder unter 5 Jahren. Im Jahr 2020 lag die Müttersterblichkeit mit 264, gerechnet auf 100.000 Geburten, deutlich über dem globalen Durchschnitt von 211. Die sich verschlechternde Sicherheitssituation führte auch dazu, dass 95 Gesundheitszentren schließen und 199 ihre Arbeit maßgeblich einschränken mussten. Laut OCHA hatten im August 2020 1,2 Mio. Menschen in Burkina Faso keinen Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung.

Parallel dazu zeichnet sich in Burkina Faso ein Trend zu steigenden Militärausgaben ab. Beliefen sich diese 2013 noch auf 1,2 Prozent am BIP, lagen sie 2022 bei 3,1 Prozent, 2023 sogar bei 4 Prozent. Dem Globalen Militarisierungsindex (GMI) des BICC nach erhöhte sich der Militarisierungsgrad Burkinas in den letzten fünf Jahren deutlich: Lag das Land 2018 noch auf Platz 108 der GMI-Rangliste, so belegt es 2023 den 76. und 2024 den 63. Rang von 149 Staaten. Dementsprechend ist Burkina Faso mittlerweile in moderatem Maße

militarisiert. Auf Basis von Kriterium 8 des Gemeinsamen Standpunktes, also der Gefahr der Beeinträchtigung der Entwicklung durch unverhältnismäßige militärische Kapazitäten, sind Rüstungsexporte nach Burkina Faso derzeit als „kritisch“ einzuschätzen. Burkina Faso ist hochverschuldet und gehört zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Ländern der Welt. Die Gefahr, dass in Burkina Faso unverhältnismäßige militärische Ausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen, ist daher gegeben.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM August 2025

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

